

Boysen-Hogrefe, Jens et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2020 - Deutsche Wirtschaft im Zeichen des Corona-V(irus)

Kieler Konjunkturberichte, No. 65

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens et al. (2020) : Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2020 - Deutsche Wirtschaft im Zeichen des Corona-V(irus), Kieler Konjunkturberichte, No. 65, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/215729>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2020

Abgeschlossen am 11. März 2020

© Angelika Husfeld/ ifw_Kiel

Nr. 65 (2020|Q1)

*Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths
und Saskia Möhle*

INHALTSVERZEICHNIS

Deutsche Wirtschaft im Zeichen des Corona-V(irus)

Turbulenzen auf den Finanzmärkten	7
Expansive Ausrichtung der Finanzpolitik.....	9
Corona-Pandemie belastet Außenhandel	11
Auch die heimische Absorption wird durch das Corona-Virus belastet.....	15
Industrierezession geht in die Verlängerung	20
Die Verbraucherpreisinflation hängt vorübergehend durch	22
Lohnanstieg sinkt deutlich	23
Unternehmen und Staat federn Arbeitsausfall ab.....	24
Öffentliche Haushalte rutschen in ein leichtes Defizit.....	27
Zur Wirtschaftspolitik	31
Literatur	41
Tabellenanhang.....	42
<i>Kasten 1: Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2019.....</i>	<i>34</i>
<i>Kasten 2: Zu den Auswirkungen des Corona-Virus auf den deutschen Dienstleistungshandel</i>	<i>36</i>
<i>Kasten 3: Konjunkturelle Auswirkungen eines erhöhten Krankenstands.....</i>	<i>38</i>
<i>Kasten 4: Zu den Verbraucherpreiseffekten des Klimapakets.....</i>	<i>40</i>

DEUTSCHE WIRTSCHAFT IM ZEICHEN DES CORONA-V(IRUS)

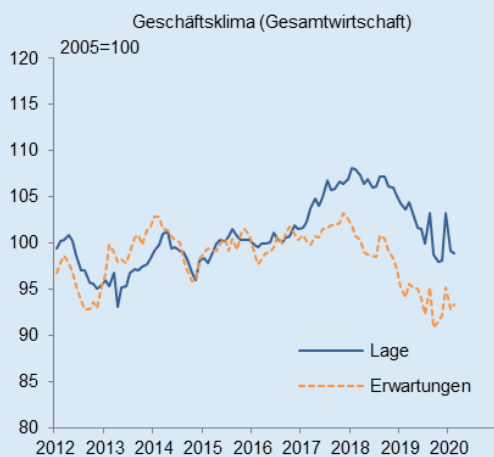
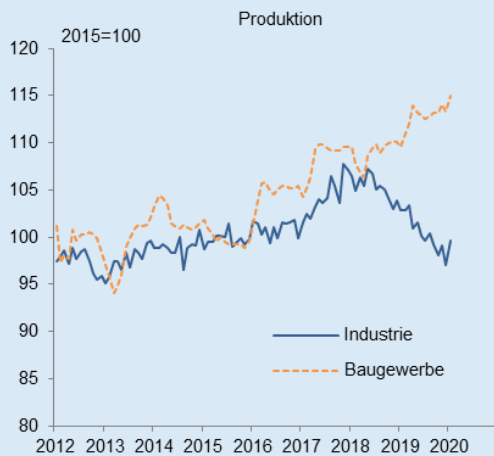
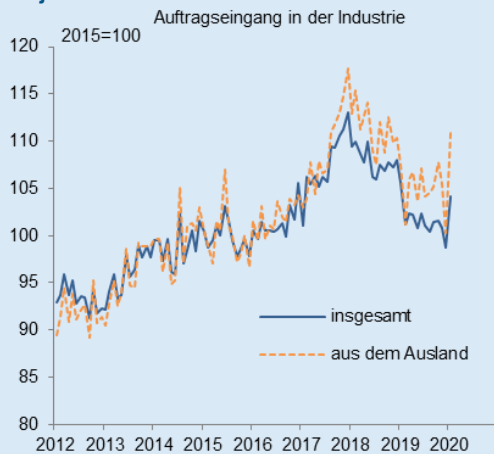
*Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen,
Stefan Kooths und Saskia Möhle*

Die Verbreitung des Corona-Virus wird sich in erheblichem Maße auf die Konjunktur in Deutschland auswirken. Die deutsche Wirtschaft wird dabei in einer Situation getroffen, in der sie nach dem Abschwung im vergangenen Jahr gerade im Begriff war, wieder Tritt zu fassen. So mehrten sich zuletzt die Zeichen, dass die Industrie ihren Boden finden und sich allmählich wieder aus der Rezession lösen würde. Die konkreten wirtschaftlichen Schäden durch das Corona-Virus lassen sich derzeit kaum beziffern. Zum einen werden die Auswirkungen in den vorliegenden Frühindikatoren noch nicht abgebildet. Zum anderen ist auch der weitere Fortgang der Virus-erkrankung ungewiss, zumal die wirtschaftlichen Folgen zu einem Gutteil von den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus abhängen. Für unsere Prognose haben wir unterstellt, dass das Corona-Virus die wirtschaftliche Aktivität vor allem in der ersten Jahreshälfte dämpft und es danach zu spürbaren Aufholeffekten kommt. In diesem Szenario wird das Konjunkturbild im Verlauf dieses Jahres einer ausgeprägten V-Form ähneln. Absehbar ist bereits, dass der Außenhandel in den kommenden Monaten deutlich in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Dabei dürfte nicht nur der Austausch nach China, sondern auch in andere besonders stark von dem Virus betroffene Regionen deutlich rückläufig sein. In Zuge dessen könnten Lieferprobleme bei Vorleistungsgütern zusätzlich zu spürbaren Produktionsrückgängen führen. Aber auch in der Binnenkonjunktur dürfte sich die Verbreitung des Virus deutlich bemerkbar machen. So werden sich die privaten Haushalte wohl insbesondere bei Freizeitaktivitäten zurückhalten, um eine Ansteckung zu vermeiden. Die Unternehmen werden angesichts des unsicheren Fortgangs der Viruserkrankung voraussichtlich Investitionsvorhaben verschieben. Sofern sich die größten negativen Effekte tatsächlich auf die erste Jahreshälfte beschränken, werden die Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen gering sein. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit einem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 0,1 Prozent. In unserer Winterprognose waren wir von einem Anstieg von 1,1 Prozent ausgegangen. Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt auch aufgrund der Aufholeffekte recht kräftig um 2,3 Prozent zulegen. Insgesamt überwiegen für unsere Prognose jedoch die Abwärtsrisiken und je nach dem weiteren Fortgang bezüglich der Corona-Erkrankungen sind auch deutlich negativere Szenarien denkbar.

Die sich für den Jahresauftakt abzeichnende zaghafte Belegung der ökonomischen Aktivität wird durch die Folgen der Corona-Pandemie jäh unterbrochen. Die geringe gesamtwirtschaftliche Dynamik des vergangenen Jahres war maßgeblich eine Schwäche der Industrie und in der Folge auch der unternehmensnahen Dienstleistungen. Zur Jahresmitte 2019 hatte die seit der Jahreswende 2018/2019 rückläufige industrielle Kapazitätsauslastung das Normalniveau unterschritten. Für den Beginn des laufenden Jahres deuteten sowohl die Stimmungsindikatoren aus Unternehmensbefragungen als auch die Auftragseingänge und die Produktionszahlen auf eine allmähliche Stabilisierung der Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe hin, so dass von dort zumindest keine weiteren Dämpfer auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität ausgegangen wären (Abbildung 1). Das Bild einer deshalb einsetzenden – wenn gleich auch nur zaghaften – Belegung der deutschen Konjunktur, wie wir sie noch in unserer Winterprognose vorhergesehen hatten (Boysen-Hogrefe et al. 2019), wurde jedoch Mitte Februar zur Makulatur. Seitdem zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Folgen der Corona-Pandemie die wirtschaftliche Aktivität – in der übrigen Welt wie auch hierzulande – so stark belastet, dass mit drastischen Rückgängen der Wertschöpfung zu rechnen ist. Diese betreffen nicht nur die Industrie, sondern auch die sich bislang robust zeigenden konsumnahen Dienstleistungsbereiche.

Maßgeblich für die wirtschaftlichen Einbußen durch das Corona-Virus sind die Vorsichtsmaßnahmen sowie die hohe Unsicherheit über Dauer und Schwere der Pandemie und ihrer Folgen. Der Ausbruch eines ansteckenden Virus führt unmittelbar über einen höheren Krankenstand unter der Erwerbsbevölkerung zu Produktionsausfällen. Dieser Effekt

Abbildung 1:
Konjunkturindikatoren 2012–2020



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

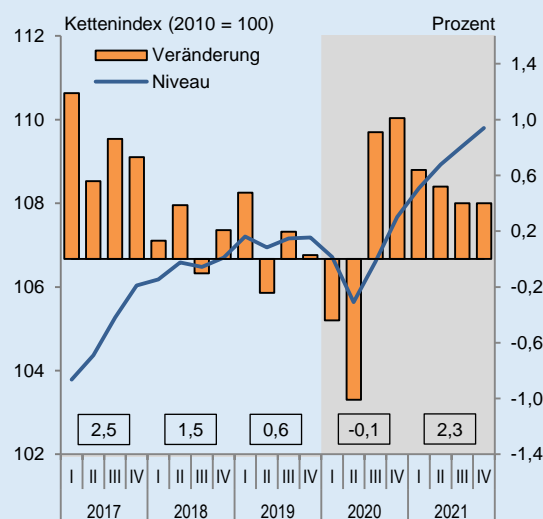
spielt bislang aber ausweislich der Infektionszahlen und Morbiditätsraten nur eine sehr geringe Rolle. Die wirtschaftliche Aktivität wird vielmehr durch die Reaktionen zur Eindämmung des Corona-Virus belastet. Hierzu zählen sowohl staatlich angeordnete Quarantänemaßnahmen, die die betroffenen Menschen vom Erwerbsleben abschneiden, als auch alle privaten Verhaltensänderungen, die darauf abzielen, die Übertragung des Virus zu unterbinden (z.B. Einschränkung von Reisen und Veranstaltungen). Hinzu kommt, dass bislang nicht eindeutig absehbar ist, welche Maßnahmen noch ergriffen werden, auch weil unklar ist, wie lange das Virus noch grassiert bzw. ab wann es sich medizinisch eindämmen lässt. Dies erhöht die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit, die ihrerseits aktivitätsdämpfend wirkt, insbesondere über hinausgezögerte Investitionsentscheidungen.

Auch wenn die Corona-Pandemie bis zur Mitte des Jahres abflaut, wird sie eine ausgeprägte V-Form im Konjunkturverlauf des laufenden Jahres hinterlassen, die die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr deutlich dämpft. Noch bevor sich das Corona-Virus erkennbar über China hinaus ausgebreitet hatte, kam es bereits zu spürbaren bzw. absehbaren wirtschaftlichen Ansteckungseffekten. So führt der Einbruch der chinesischen Konjunktur – mit 7 Prozent der drittgrößte Exportmarkt aus deutscher Sicht – unmittelbar zu weniger Bestellungen für in Deutschland tätige Unternehmen. Allein dieser Effekt dürfte im ersten Halbjahr die wirtschaftliche Aktivität hierzulande um 0,3 Prozent belasten. Hinzu kommt, dass Zulieferungen aus China in Kürze fehlen werden. Dies dürfte für sich genommen die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 1,5 Prozent belasten, allerdings ist dieser Wert mit größter Unsicherheit behaftet, da sich das Ausmaß kurzfristiger Substitutionsmöglichkeiten kaum abschätzen lässt. Produktionsrückgänge infolge gestörter Lieferketten werden sich aufgrund der vier- bis sechswöchigen Transportzeiten zwischen Asien und Europa erst im zweiten Quartal in größerem Ausmaß bemerkbar machen. Hinzu kommen bereits eingetretene und sich voraussichtlich noch ausweitende Ausfälle in den Dienstleistungsbereichen (Absagen zahlreicher Veranstaltungen und merkliche

Rückgänge im Reiseverkehr). All dies beeinträchtigt die wirtschaftliche Aktivität erheblich. Diese dürfte daher im ersten und noch ausgeprägter im zweiten Quartal deutlich rückläufig sein (Abbildung 2; Tabelle 1). Derzeit ist unklar, wie lange die politischen und ökonomischen Akteure in Bezug auf Infektionsrisiken im Vorsichtsmodus verharren werden. Wir gehen für diese Prognose davon aus, dass die entsprechenden Produktionsbehinderungen im Frühjahr ihren Höhepunkt erreichen und bis zum Sommer nach und nach abklingen. Hierfür spricht auch, dass die Produktion in China offenbar schon wieder aufwärtsgerichtet ist. Unter dieser Voraussetzung sollte die ökonomische Aktivität in der zweiten Jahreshälfte spürbar anziehen. Dies wird auch dadurch begünstigt, dass sich die Weltwirtschaft in den beiden vergangenen Jahren merklich abgekühlt hat, so dass vielerorts Reservekapazitäten bestehen, um einen Teil der ausgefallenen Produktion nachzuholen. Dies gilt naturgemäß nur für die industrielle Produktion und kaum für die Dienstleistungsbereiche.

durch die Corona-Pandemie bedingten Produktionsrückgänge im ersten Halbjahr dürften bis zum vierten Quartal weitgehend aufgeholt werden. Das Niveau der Wirtschaftsleistung liegt dann wieder auf dem des vierten Quartals 2019, freilich bleibt es dann immer noch hinter dem Niveau zurück, das ohne die Folgen der Pandemie zu erwarten wäre. Insgesamt führt der Corona-Effekt in diesem Jahr zu Einbußen von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dem Jahresergebnis kommt zugute, dass der Großteil der zusätzlichen Arbeitstage gegenüber dem Vorjahr in der zweiten Jahreshälfte liegt. Andernfalls ergäbe sich nur ein rechnerischer Arbeitstageeffekt, der aufgrund deutlicher Produktionseinschränkungen nur in geringem Maße für zusätzliche Wertschöpfung genutzt würde. Das Anziehen der wirtschaftlichen Aktivität in der zweiten Jahreshälfte wirkt sich aufgrund des statistischen Überhangs deutlich auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr aus, die sich nach -0,1 Prozent im laufenden Jahr auf einen Anstieg von 2,3 Prozent beschleunigt (Tabelle 2).

Abbildung 2:
Bruttoinlandsprodukt 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr kaum mehr als stagnieren, die Zuwachsrate im kommenden Jahr wird infolge von Aufholeffekten kräftig ausfallen. Die

Der Rückschlag für die deutsche Konjunktur in diesem Jahr zeigt sich verwendungsseitig vor allem bei den Exporten, den Konsumausgaben und den Ausrüstungsinvestitionen. Die deutschen Exporte werden im laufenden Jahr erstmals seit der Großen Rezession auch auf Jahresbasis schrumpfen (Rückgang um -1 Prozent). Die Zuwachsrate der privaten Konsumausgaben dürfte sich gegenüber dem Vorjahr (und dem Referenzszenario ohne Corona-Effekt) auf 0,4 Prozent vierteln, wobei hier in erster Linie die Konsumzurückhaltung aufgrund von Vorsichtsmaßnahmen und weniger Einkommenseffekte ursächlich sind. Mit der sich zwischenzeitlich verschärfenden Rezession in der Industrie werden auch die Ausrüstungsinvestitionen statt einer sonst möglichen Stabilisierung nochmals deutlich um 3,6 Prozent nachgeben. Die Aktivität in der Bauwirtschaft dürfte hingegen kaum betroffen sein, weil diese weiterhin von einer regen Wohnungsnachfrage angeregt wird, die kaum auf die Corona-Pandemie reagieren dürfte, und auch produktionsseitig sind im Baubereich keine größeren Störungen zu erwarten. Der Staatskonsum dürfte von der Corona-Krise ebenfalls weitgehend unbehelligt bleiben. Zwar führt ein

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2021

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,2	0,0	-0,4	-1,0	0,9	1,0	0,6	0,5	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	0,8	0,1	0,5	0,0	-0,1	-0,8	0,8	0,8	0,8	0,5	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,5	1,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	1,2	0,0	-1,4	-2,0	-1,0	-5,0	2,5	4,0	1,0	0,8	0,8	0,8
Bauinvestitionen	2,6	-0,9	0,4	0,6	1,3	0,3	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,5	1,0	1,0	1,1	0,5	-0,5	0,2	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsveränderungen	-1,0	0,2	-0,9	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,3	-0,4	0,7	0,1	-0,6	0,8	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4
Ausfuhr	1,6	-1,3	1,0	-0,2	-1,8	-2,4	2,4	2,4	1,4	0,9	0,8	0,8
Einfuhr	0,5	-0,3	-0,4	1,3	-0,7	-1,7	2,3	2,4	1,7	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag	0,5	-0,5	0,6	-0,7	-0,6	-0,4	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.178	45.222	45.263	45.343	45.393	45.393	45.423	45.543	45.643	45.698	45.750	45.799
Arbeitslose	2.242	2.264	2.285	2.277	2.265	2.290	2.305	2.275	2.255	2.265	2.275	2.285

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Ursprungswerte	1,5	0,6	-0,1	2,3
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,0	0,4	0,0
kalenderbereinigt	1,5	0,6	-0,4	2,3
Statistischer Überhang	1,1	0,2	0,1	1,0
Verlaufsrate	0,6	0,5	0,5	2,0

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

grassierender Virus naturgemäß zu einer Mehrnachfrage nach Gesundheitsleistungen, von denen ein erheblicher Teil staatlich finanziert wird. Jedoch stehen dem Kapazitätsgrenzen im Gesundheitswesen gegenüber, so dass Corona-bedingte Mehrbedarfe tendenziell zu einer Verschiebung und nicht zu einer Ausweitung der Aktivität führen dürfte. Im ersten Halbjahr sinken auch die Importe erstmals in einem 6-Monatszeitraum seit der Großen Rezession. Freilich ist dies nicht als Entlastung der heimischen Wertschöpfungsverluste zu werten. Im Gegenteil sind unterbrochene Lieferketten infolge fehlender Importe ein Kanal, über den

sich die Corona-Pandemie dämpfend auf die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland auswirkt.

Der Konjunkturinbruch im ersten Halbjahr dürfte am Arbeitsmarkt zwar deutlich auf das Arbeitsvolumen durchschlagen, aber kaum auf die Zahl der Erwerbstätigen. Bei einem V-förmigen Effekt auf den Konjunkturverlauf, auch wenn dieser heftig ausfällt, werden die allermeisten Unternehmen darauf bedacht bleiben, ihr Personal zu halten und die Arbeitsausfälle über betriebsinterne Maßnahmen oder die Inanspruchnahme von Kurzarbeit aufzufangen. Dies setzt voraus, dass die Unternehmen die konjunkturelle Durststrecke durchstehen können. Ihre seit dem Ende der 1990er Jahre deutlich verbesserte Eigenkapitalposition sollte dies grundsätzlich erlauben, auch weil sie dadurch für die Geschäftsbanken kreditwürdiger sind, wenn liquiditätsstützende Überbrückungskredite gefragt sind (Deutsche Bundesbank 2019b). Kleine und mittlere Unternehmen können zudem KfW-Betriebsmittelkredite in Anspruch nehmen. Insgesamt dürfte daher zwar das Arbeitsvolumen im laufenden Jahr kalenderbereinigt um 0,3 Prozent sinken, die Zahl der Erwerbstätigen aber um 0,4 Prozent zulegen. Die Arbeitslosigkeit bleibt im Prognosezeitraum mit einer Quote von 5 Prozent nahezu unverändert.

Die Corona-Pandemie erhöht die Risiken für die Prognose beträchtlich. Unsicher sind insbesondere das zeitliche Profil der weiteren Verbreitung des Virus und die in Reaktion darauf folgenden seuchenpolitischen Maßnahmen sowie mögliche Verhaltensänderungen der privaten Akteure. Hierüber kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur spekuliert werden. Ferner sind zwar grundsätzlich die Kanäle klar, über die sich ein grassierender Virus unmittelbar und mittelbar auf die ökonomische Aktivität auswirkt. Jedoch fällt die Quantifizierung dieser Effekte schwer, weil hierzu keine ausreichenden Vergleichsmuster aus der Vergangenheit vorliegen. So liegt die Bedeutung von außen- und binnenwirtschaftlichen Lieferketten für die Wertschöpfungsprozesse auf der Hand, jedoch ist unklar, in welchem Ausmaß kurzfristig Substitutionsmöglichkeiten bestehen, weil diese in der jüngeren Vergangenheit auch nicht haben zum Tragen kommen müssen. Die damit einhergehende Unsicherheit zeigt sich nicht zuletzt an den bis zuletzt zu beobachtenden heftigen Kursbewegungen an den Rohstoff- und Aktienbörsen. Je länger die wirtschaftliche Aktivität aufgrund der Corona-Pandemie belastet wird, desto größer wird auch der Stress für das Finanzsystem. Von daher können sich von dieser Seite zusätzliche Belastungen für die Konjunktur ergeben. Sollte hingegen die Ausbreitung des Corona-Virus rasch abklingen bzw. die gesundheitlichen Folgen weniger schwerwiegend eingeschätzt werden, als es bislang der Fall ist, so könnte sich die wirtschaftliche Aktivität schneller als in dieser Prognose unterstellt erholen. Auch eine früher als bislang absehbare medizinische Lösung zur Eindämmung der Virusinfektionen oder eine Entschärfung ihrer gesundheitlichen Folgen zählt zu den Aufwärtsrisiken für den weiteren Konjunkturverlauf.

Turbulenzen auf den Finanzmärkten

Die Finanzmärkte sendeten zuletzt deutliche Krisensignale. Bereits Ende Januar schwenkten die Renditen von als sichere Häfen geltenden Staatsanleihen auf einen merklichen Abwärtstrend ein. Binnen Jahresfrist invertierte sich dadurch erneut vorübergehend die Zinsstrukturkurve (berechnet als Differenz aus den

Renditen zehnjähriger und dreimonatiger Staatsanleihen) in den Vereinigten Staaten; eine solche Invertierung gilt gemeinhin als verlässliches Rezessionssignal. Die amerikanische Zentralbank signalisierte daraufhin eine Lockerung ihrer Geldpolitik und reduzierte bereits am 3. März außerhalb des regulären Kalenders für Zinsentscheide ihr Leitzinsband um einen halben Prozentpunkt. Auch die Stimmung an den weltweiten Aktienmärkten trübte sich seit der zweiten Februarhälfte schlagartig ein; innerhalb kurzer Zeit gaben die Notierungen um etwa ein Sechstel nach, wodurch die im vergangenen Jahr entstandenen Kursgewinne wieder kassiert wurden.

Der Spielraum der Europäischen Zentralbank (EZB) für weitere Lockerungsmaßnahmen ist begrenzt. Die Leitzinsen (derzeit beträgt der Einlagesatz -0,5 Prozent, der Hauptrefinanzierungssatz 0 Prozent und der Spitzenrefinanzierungssatz 0,25 Prozent) dürften sich bereits sehr nahe am unteren Anschlag befinden. Drückt die Zentralbank ihre Zinsen zu weit in den negativen Bereich, wird es zur Flucht in die Bargeldhaltung kommen. Außerdem besteht die Gefahr, dass eine Verteuerung der Liquiditätshaltung durch eine etwaige weitere Absenkung des Einlagesatzes gerade in der gegenwärtigen Krisensituation eine kontraproduktive Wirkung hat. Neben ihrer Niedrigzinspolitik hat die EZB bereits im vergangenen Herbst wieder damit begonnen, Wertpapier-Nettokäufe im Umfang von monatlich 20 Mrd. Euro zu tätigen, und sie bietet den Geschäftsbanken gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) zu sehr günstigen Konditionen mit dreijährigen Laufzeiten an. Aufgrund der gegenwärtigen Corona-Krise dürfte auch innerhalb der EZB diskutiert werden, zusätzliche lockernde Maßnahmen zu ergreifen, wie es auch die Federal Reserve mit ihrer jüngsten Zinssenkung um 0,5 Prozentpunkte getan hat. Allerdings wird es der EZB aufgrund ihrer nahezu ausgereizten bisherigen Instrumente deutlich schwerer fallen, die gewünschten konjunkturellen Impulse zu erzeugen.

Angesichts der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen setzte sich die seit mehreren Jahren stattfindende Kreditexpansion zu Jahresbeginn weiter fort. Die Darlehenszinsen blieben auf ihren niedrigen Niveaus.

Für Wohnungsbaukredite fielen im Januar bei Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren Zinsen von 1,3 Prozent an, während für kleinere und größere Unternehmenskredite 2,5 bzw. 1,4 Prozent fällig waren (Abbildung 3). Der Abwärtstrend bei den Zinsen auf Unternehmensanleihen setzte sich fort. Im Februar beliefen sie sich für mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren auf 1,8 Prozent (gegenüber 3 Prozent im Vorjahresmonat). Damit fielen die Zinsen für Unternehmen in diesem Zeitraum sogar stärker als jene auf vergleichbare Bundesanleihen (Abbildung 4). Zuletzt waren die Renditen von

Schuldtiteln des Bundes wieder über das gesamte Laufzeitspektrum (bis zu 30 Jahren) negativ. Zehnjährige Anleihen rentieren gegenwärtig mit -0,9 Prozent, und wir rechnen damit, dass dieses Zinsniveau bis zum Ende des Prognosezeitraums in etwa Bestand haben wird (siehe Tabelle 3). Alles in allem dürften die Finanzierungskosten auf absehbare Zeit günstig bleiben. Das Niedrigzinsumfeld fand auch in der anhaltenden Kreditexpansion Ausdruck. Dies zeigte sich insbesondere an den Wohnungsbaukrediten, deren Zuwachstempo sich zuletzt sogar noch einmal beschleunigte, sodass ihr Volumen im Januar um 5,6 Prozent über dem Vorjahreswert lag. Auch die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen stiegen kräftig, wenngleich zuletzt in etwas verringertem Tempo von 4,5 Prozent (Abbildung 5). In den Jahren 2018 und 2019 entwickelten sich die kurzfristigen Unternehmenskredite deutlich dynamischer als die langfristigen. Dies deutet darauf hin, dass es sich teilweise um Überbrückungskredite handelte, die im Zuge der Industrierezession der vergangenen Jahre aufgenommen worden waren. Aufgrund der Corona-Krise dürfte dieses Kreditmotiv aktuell wieder an Bedeutung gewinnen.

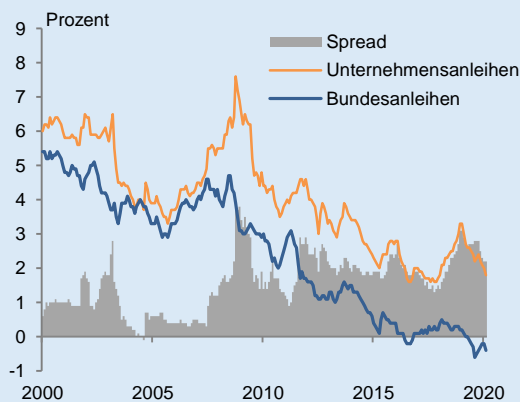
Abbildung 3:
Darlehenszinsen 2003–2020



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

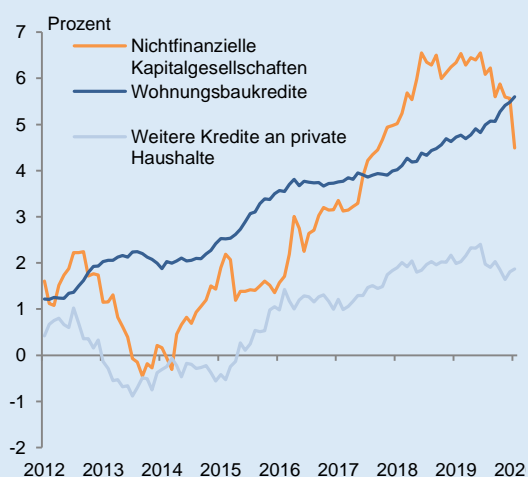
Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen 2000–2020



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 5:
Kreditexpansion 2012–2020



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle 3:
Rahmendaten für die Konjunktur 2018–2021

	2018				2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,6	0,5	0,4	0,4	0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,5	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
US-Dollar/Euro	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,12	1,11	1,11	1,11	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,1	90,0	90,8	90,4	89,3	89,4	89,2	88,6	88,2	88,2	88,2	88,0	87,9	87,7	87,5	87,4
Exportmärkte	0,7	0,7	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	-0,3	-0,2	0,7	1,0	0,7	0,6	0,5	0,5
Rohölpreis	66,9	74,5	75,1	68,8	63,2	68,9	61,9	63,4	52,5	39,7	48,0	58,7	60,3	60,6	60,9	61,2

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Expansive Ausrichtung der Finanzpolitik

Der Finanzpolitik ist im Jahr 2020 moderat expansiv ausgerichtet. Das Familienentlastungsgesetz führt wie bereits im Jahr 2019 zu merklichen Steuermindereinnahmen durch die Anhebung von Freibeträgen und die Tarifverschiebung. Mehreinnahmen sind hingegen durch die Anhebung der Sätze der Luftverkehrssteuer zu erwarten, denen allerdings andere steuerliche Maßnahmen aus dem Klimapaket gegenüberstehen, die die Einnahmen in ähnlichem Umfang mindern dürften. Im laufenden Jahr schlägt hier vor allem die Minderung des Umsatzsteuersatzes im Bahnfernverkehr zu Buche. Eine Vielzahl weiterer Steuerrechtsänderungen führt in der Summe zu Mindereinnahmen. Ebenfalls kommt es bei den Beitragseinnahmen zu Entlastungen der Versicherten. So ist der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar um 0,1 Prozentpunkte gesenkt worden und Beiträge zur Krankenversicherung aus Betriebsrenten werden gesenkt (Tabelle 4).

In vielen Bereichen sind diskretionäre Ausgabenanstiege geplant. In Reaktion auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie rechnen wir mit einer Ausweitung der Kurzarbeit und Kredithilfen für angeschlagene Unternehmen, die durch die aktuelle Krise Ein-

bußen erlitten haben. Kredithilfen führen zunächst allerdings kaum zu einer Veränderung des Budgetsaldos. Dies tritt erst ein, wenn Kredite nicht mehr eingeholt werden können. Im Vergleich zu der Vielzahl der anderen Maßnahmen wirken die finanzpolitischen Reaktionen auf die Corona-Krise bisher überschaubar. Allerdings muss hier die wichtige Rolle der automatischen Stabilisatoren in Deutschland betont werden. Neben den Krisen-Maßnahmen planen die Gebietskörperschaften unter anderem mehr Geld für das Kindergeld, für Investitionen der Deutschen Bahn oder im Bereich Verteidigung ein. Zudem dürften in diesem Jahr vermehrt Strukturhilfemittel für den Braunkohleausstieg abfließen, und eine inzwischen große Zahl von Investitionsfonds und vergleichbaren Programmen dürfte für zusätzliche Ausgaben sorgen. Insbesondere ist nach Beschluss des Klimapakets mit einem Plus bei der Aktivität des Energie- und Klimafonds (EKF) zu rechnen, auch wenn dieser in den vergangenen Jahren nur stockend die ihm zur Verfügung stehenden Mittel verausgabte. Außerdem wird die Landwirtschaft mit zusätzlichen Ausgaben unterstützt. Bei den Ausgaben der Sozialversicherung rechnen wir mit stärkeren Effekten des Pflegepersonalstärkungsgesetzes, da die Anlaufschwierigkeiten bei der Anwerbung zusätzlicher Pflegekräfte, die zu einem sehr geringen Mittelabfluss im Jahr 2019 führten, allmählich überwunden werden dürften. In der

Tabelle 4:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2020–2021^a (Mrd. Euro)

	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b		
Alterseinkünftegesetz ^c	-0,8	-0,8
Mehreinnahmen durch Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Familienentlastungsgesetz	-4,2	-0,7
Turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer	0,0	-3,1
Reduktion des Solidaritätszuschlags	0	-9,8
Sonderabschreibungen im Mietwohnungsbau	0,0	-0,1
Umsetzung des Klimapakets im Steuerrecht	-0,4	-0,2
Anhebung der Luftverkehrssteuersätze	0,5	0,3
Einführung CO ₂ -Steuer	0,0	9,0
Steuerliche Forschungsförderung	0,0	-1,2
Jahressteuergesetz 2019	-0,3	-0,2
Bürokratieentlastungsgesetz	0,0	-0,1
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,1	0,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d	-0,5	0,8
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Absenkung Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten	-1,2	0,0
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	-1,0	0,0
Anhebung Zusatzbeitrag in der GKV	0,0	2,0
Erweiterung der Midi-Jobs (Ausweitung der Gleitzone)	-0,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Kindergeldanhebung zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	-1,0	-2,3
Einsparungen bei ALG II durch Kindergeldanhebung	0,1	0,2
„Gute-KiTa-Gesetz“	-0,4	-0,8
Förderung Ganztagsbetreuung Bund	-0,4	-0,6
Zuschuss des Bundes zur Gemeindeverkehrsfinanzierung	0,0	1,0
Ausbau des Schienennetzes	-1,0	0,0
Kaufbonus E-Mobilität	-0,2	0,0
„Bauernmilliarde“	-0,5	0,0
Zusätzliche Ausgaben im Bereich Verteidigung	-1,0	0,0
Entwicklungspolitik	-0,2	0,8
Baukindergeld	-0,5	-0,1
Kinderzuschlag („Starke-Familien-Gesetz“)	-0,6	0,0
Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose	-0,4	0,0
Digitalpakt Schule	-0,5	0,0
Breitbandausbau	-0,9	0,0
BAFöG	-0,5	-0,1
Ausstiegshilfen Braunkohle	-1,0	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	-0,3	0,0
Qualifizierungschancengesetz	-0,1	0,0
Zuschuss EEG-Umlage	0,0	-7,5
Sofortprogramm „Saubere Luft“	0,0	0,4
Zusätzliche Ausgaben des EKF laut Klimapaket	-1,8	-2,9
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Reform der Krankenhausversorgung	-0,2	0,0
Ausweitung der Kurzarbeit	-0,5	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	0,0	-0,6
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-0,6	-0,3
Konzertierte Aktion Pflege	-0,2	-0,4
Qualifizierungschancengesetz	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1
Grundrente	0,0	-1,3
Zwischensumme	-19,1	-18,5
Automatische Reaktionen		
Heimliche Steuererhöhungen (Einkommensteuer)	4,8	5,9
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-1,5	-2,4
Summe	-15,8	-15,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-0,4	-0,5
<i>Nachrichtlich:</i>		
Anhebung der Rundfunkgebühren (in Mrd. Euro)	0,0	0,4
Preisanstieg Emissionszertifikate ^e	0,5	0,0

^aOhne makroökonomische Rückwirkungen. — ^bDie Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. — ^cSaldiert mit erwarteten zusätzlichen Einnahmen durch die Besteuerung der Alterseinkünfte. — ^dUmfasst u.a. Betriebsrentenstärkungsgesetz, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassung, Reform der Investmentbesteuerung. — ^eFuturepreise deuten auf einen Preisanstieg der Emissionszertifikate im kommenden Jahr hin.

Quelle: Bundesfinanzministerium; Bundesgesundheitsministerium; Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Berechnungen und Schätzungen des IfW Kiel.

Summe werden sich die zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch finanzpolitische Maßnahmen auf rund 19,1 Mrd. Euro belaufen. Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen ist der Betrag etwas niedriger bei 15,8 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Das Jahr 2021 ist von der Reduktion des Solidaritätszuschlags gekennzeichnet. Der Solidaritätszuschlag wird für einen Großteil der Steuerpflichtigen entfallen, was mit Mindereinnahmen von etwa 10 Mrd. Euro einhergeht. Zudem ist geplant, das Kindergeld spürbar zu erhöhen, und es dürfte turnusgemäß zu einer erneuten Verschiebung der Tarifeckwerte und einer Anhebung von Freibeträgen in der Einkommensteuer kommen. Außerdem zeichnet sich für das Jahr 2021 die Einführung der Grundrente ab, was für sich genommen mit Mehrausgaben von über 1 Mrd. Euro einhergehen wird. Allerdings rechnen wir mit einer Anhebung der Zusatzbeiträge bei mehreren Krankenkassen unter anderem, um zusätzliche Ausgaben wegen des Terminservice- und Versorgungsgesetzes zu finanzieren. Insgesamt dürfte sich die Budgetwirkung der Maßnahmen auf -18,5 Mrd. Euro belaufen. Berücksichtigt man automatische Reaktionen dürfte der Effekt auf den Saldo der öffentlichen Haushalte 15,0 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) betragen.

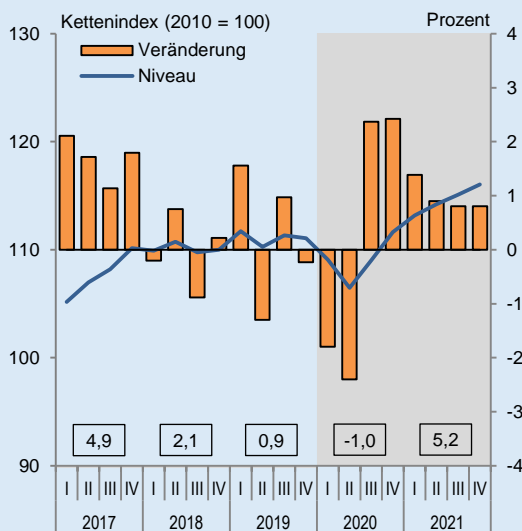
Die Einführung der CO₂-Steuer im Jahr 2021 soll saldenneutral erfolgen. Im Zuge des Klimapakets werden fossile Kraftstoffe im Bereich Verkehr zusätzlich belastet. Es ist mit erheblichen Mehreinnahmen zu rechnen. Allerdings sollen diese dazu genutzt werden, die EEG-Umlage, die allerdings außerhalb des Sektors Staat läuft, zu senken, Investitionen zu tätigen und die Ausweitung der Pendlerpauschale sowie die Einführung der Mobilitätsprämie finanzieren, die Pendlern zugutekommen soll, die nicht oder nur wenig von der Ausweitung der Pendlerpauschale profitieren. In den VGR ist somit zwar mit einem Anstieg der Steuerquote durch die CO₂-Steuer zu rechnen, da die Ausweitung der Pendlerpauschale zwar die Steuereinnahmen mindert, aber nur einen kleinen Teil der zusätzlichen Einnahmen beansprucht. Zugleich steigen die Ausgaben in Form von Investitionen, eines Transfers an Pendler

und insbesondere durch die Subvention des Stroms. Dieser Anstieg der Staatsquote beruht also vor allem darauf, dass die Transfers an die Produzenten erneuerbarer Energie nicht mehr vollständig von den Stromverbrauchern, sondern teilweise dann von den Verbrauchern fossiler Kraftstoffe geleistet werden.

Corona-Pandemie belastet Außenhandel

Der Außenhandel wird spürbar unter der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus leiden und sich erst in der zweiten Jahreshälfte erholen. Die Ausfuhren gingen zum Jahresende zwar leicht zurück, insgesamt zeichnete sich jedoch um die Jahreswende eine Stabilisierung der Weltkonjunktur und damit verbunden eine Belebung der Exporte ab. Diese expandierten im Jahr 2019 – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Flaute der weltweiten Industrieproduktion – mit einer Rate von 0,9 Prozent deutlich langsamer als im Vorjahr, in dem sie 2,1 Prozent zulegten, und weit abgeschlagen im Vergleich zur Zuwachsrate von 4,9 Prozent im Jahr 2017. Aufgrund der mittlerweile grassierenden Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft (Gern et al. 2019) ist anstatt mit einer allmählichen Belebung der Exportaktivität nun mit einer ausgeprägten V-Form im weiteren Verlauf zu rechnen (Abbildung 6). Die Einfuhren stiegen nach einer bereits seit Mitte des Jahres 2018 anhaltenden Schwächephase zum Jahresende kräftig. Insgesamt war jedoch auch die Zunahme der Importe im Jahr 2019 mit 1,9 Prozent merklich schwächer als in den beiden Jahren zuvor (2018: 3,6 Prozent; 2017: 5,2 Prozent). Im Prognosezeitraum wird die Corona-Pandemie die Einfuhren angebotsseitig durch Lieferengpässe und nachfrageseitig durch die Schwäche der Binnenkonjunktur und der Ausfuhren zunächst erheblich belasten, bevor es in der zweiten Jahreshälfte zu Aufholeffekten und im Jahr 2021 zu einer Normalisierung kommen wird (Abbildung 7).

Abbildung 6:
Exporte 2017–2021



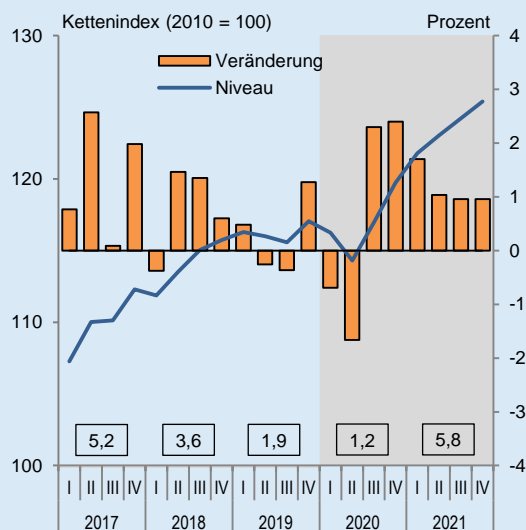
Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Jahr zuvor noch merklich ausgeweitet worden waren. Die Ausfuhren nach China stiegen ebenfalls verlangsamt, wenngleich sie im Schlussquartal wieder merklich an Tempo zulegen. Ihr Anteil an den deutschen Warenausfuhren blieb unverändert bei über 7 Prozent. Die Lieferungen in das Vereinigte Königreich gingen das vierte Jahr in Folge zurück; der Anteil des Landes an den deutschen Warenexporten sank seit dem Brexit-Votum um 1,6 Prozentpunkte auf nunmehr unter 6 Prozent. Auch die Ausfuhren in die ölexportierenden Länder, die unter 2 Prozent der gesamten deutschen Warenexporte ausmachen, fielen das vierte Jahr in Folge. Dagegen gewannen die Warenlieferungen in die Vereinigten Staaten spürbar an Fahrt, so dass sich der Beitrag des Landes zum gesamten Warenexport auf knapp 9 Prozent erhöhte. Nach Russland und in die Schweiz wurde ebenfalls lebhafter exportiert als im Jahr zuvor.

Im ersten Halbjahr werden die Ausfuhren aufgrund der Corona-Pandemie erheblich zurückgehen. Zwar deuteten einige Frühindikatoren um den Jahreswechsel auf eine Belebung der Exporte hin. So haben sich die ifo-Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt stabilisiert und die Auftragseingänge stiegen im Januar (auch ohne Großaufträge) sprunghaft (Abbildung 8). Die Warenausfuhren im Spezialhandel, die im Januar in preisbereinigter Rechnung um 0,6 Prozent unter dem Vorquartal lagen, zeichneten dagegen bereits vor der Verschärfung der Corona-Krise in China ein pessimistisches Bild. Infolge der mittlerweile grassierenden Pandemie dürften die Frühindikatoren aus der Vor-Corona-Zeit jedoch nur noch eine Rückspiegeloptik vermitteln. Die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern ging im Februar aufgrund des Einbruchs in China erheblich zurück; es ist davon auszugehen, dass sich die globale Ausbreitung des Virus im März in den Geschäftsklimaindizes weiterer Länder niederschlagen wird. Auch die Unsicherheit in den Abnehmerländern, die aus der Volatilität an den Aktienmärkten berechnet wird, stieg seit Ende Februar erheblich (Abbildung 9). Während im Februar bereits erste Einbußen im Exportgeschäft zu erwarten sind, dürften sich die Nachfragerückgänge vor allem auf China konzentrieren. Dort gingen die

Abbildung 7:
Importe 2017–2021

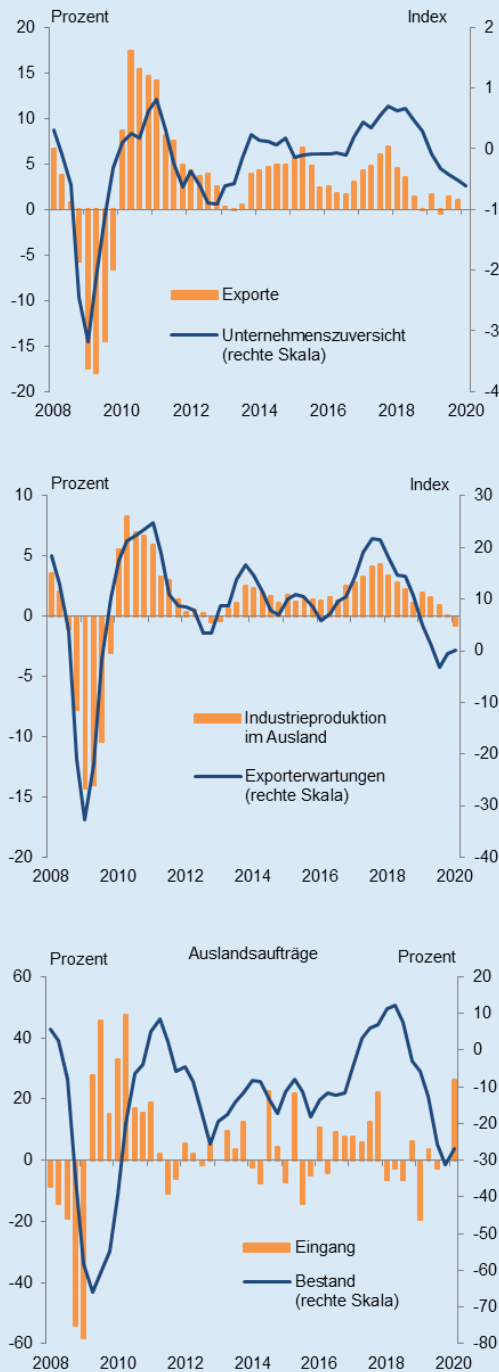


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Die Dynamik der Ausfuhren ließ im vergangenen Jahr gegenüber fast allen Absatzregionen nach. Die nominalen Exporte in den Euroraum stagnierten in etwa, nachdem sie im

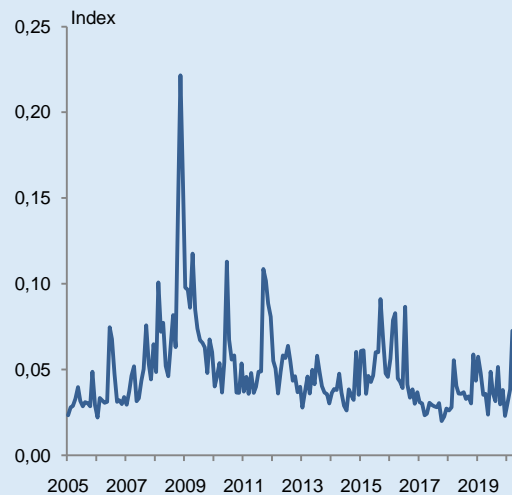
Abbildung 8:
Exportindikatoren 2008–2020



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsengang: preisbereinigt, annualisierte Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über günstige Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragsengang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2005–2020



Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 09.03.2020.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

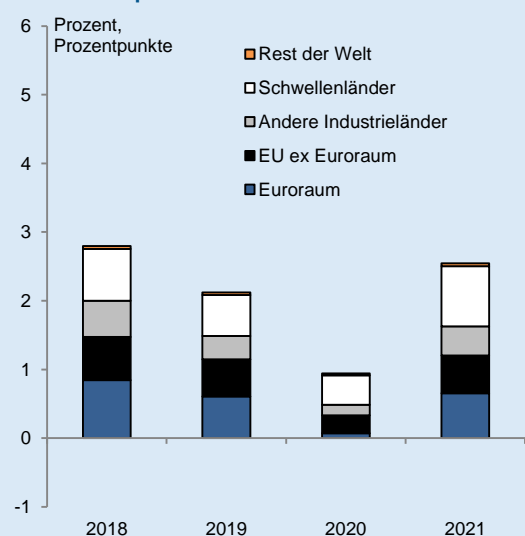
nominalen Importe im Januar und Februar um insgesamt 4 Prozent im Vorjahresvergleich zurück, wobei die Rückgänge bei Investitionsgütern, auf die die deutschen Unternehmen spezialisiert sind, deutlich größer ausfielen. Im Zuge der weiteren Ausbreitung des Virus werden sich stärkere negative Nachfrageeffekte – auch aus anderen Ländern – für den Außenhandel wohl vor allem ab März bemerkbar machen.

Sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungshandel werden unter der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus leiden. Die Warenausfuhren werden einerseits aufgrund des Einbruchs der Produktion in China und den zu erwartenden erheblichen wirtschaftlichen Flurschäden in anderen betroffenen Abnehmerländern wie Italien, Japan und Südkorea spürbar zurückgehen. Der gemeinsame Anteil dieser Länder an den nominalen Warenausfuhren betrug im Jahr 2019 reichlich 15 Prozent. Andererseits können Lieferengpässe bei Vorleistungsgütern, die einen Anteil von rund 30 Prozent an den gesamten Wareneinfuhren haben, auch die Produktion von Exportgütern beeinträchtigen. Im Januar und Februar gingen die chinesischen Lieferungen an das Ausland um mehr als 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr

zurück. In dem Maße, wie die aus China (und anderen betroffenen Ländern) importierten Vorleistungsgüter im Produktionsprozess für Exportwaren benötigt werden, sind somit auch negative Effekte für das Exportgeschäft zu erwarten. Darüber hinaus dürfte die derzeit vorherrschende hohe Unsicherheit dämpfend auf die weltweite Investitionstätigkeit wirken und die deutschen Exporteure, die auf Investitionsgüter spezialisiert sind, in hohem Maße belasten. Beim Dienstleistungshandel ist durch einen verringerten Reiseverkehr ebenfalls mit massiven Auswirkungen zu rechnen (Kasten 2).

Im weiteren Prognosezeitraum rechnen wir mit einer Erholung der Ausfuhren. Ab der zweiten Jahreshälfte rechnen wir mit einer kräftigen Wiederbelebung der Weltwirtschaft und des Welthandels (Abbildung 10), sodass es zu Aufholeffekten bei den Exporten kommen wird. Für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die sich aufgrund der Abwertung des effektiven Wechselkurses zu Jahresbeginn verbessert hat, rechnen wir im weiteren Verlauf mit wenig Veränderung (Abbildung 11). Insgesamt prognostizieren wir für die Ausfuhren Zuwachsraten von -1,0 Prozent im laufenden Jahr und 5,2 Prozent im Jahr 2021.

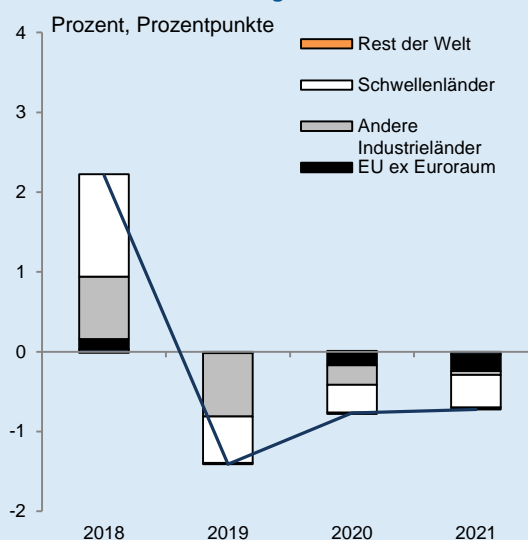
Abbildung 10:
Deutsche Exportmärkte 2018–2021



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 11:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2018–2021



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2017*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognose des IfW Kiel.

Der Verlauf der Einfuhren folgt ebenfalls einer ausgeprägten V-Form. Zwar zogen die Warenimporte im Spezialhandel im Januar sowohl nominal als auch preisbereinigt leicht an; es ist aber ähnlich wie bei den Exporten bereits für das erste Quartal damit zu rechnen, dass sich die Corona-Pandemie merklich auf die Einfuhren – nicht zuletzt aus China, deren Anteil rund 10 Prozent an den gesamten nominalen Wareneinfuhren beträgt – auswirkt. Im Einklang mit der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen, des privaten Konsums und der – zunächst teilweise nicht gestillten – Nachfrage nach Vorleistungsgütern seitens der Exporteure, wird der Tiefpunkt im zweiten Quartal erreicht, bevor es im zweiten Halbjahr zu einer kräftigen Erholung kommen wird. Alles in allem rechnen wir mit einer Zunahme der Importe von 1,1 Prozent im laufenden Jahr; im kommenden Jahr werden sie wohl mit 5,8 Prozent deutlich kräftiger expandieren.

Der Ölpreisverfall verbessert die Terms of Trade. Zum Jahresende veränderten sich die Terms of Trade kaum. Im laufenden Quartal dürften sie sich jedoch deutlich verbessert haben. So deuten die Monatswerte im Spezial-

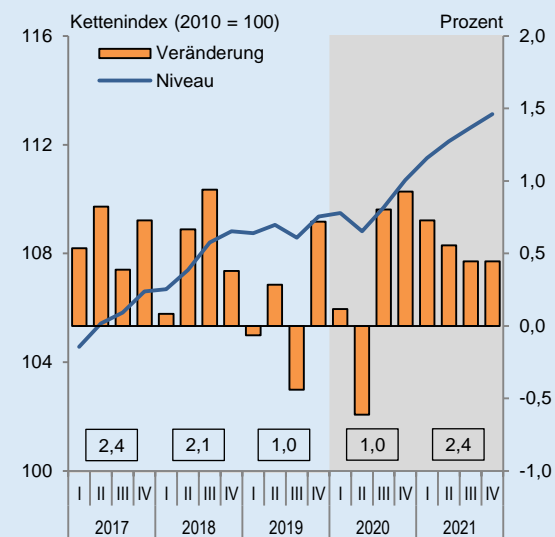
handel darauf hin, dass die Importpreise aufgrund des deutlichen Ölpreistrückgangs seit Februar deutlich gefallen sind, während die Exportpreise in etwa unverändert geblieben sind. Diese Entwicklung wird sich wohl im kommenden Quartal fortsetzen, da wir davon ausgehen, dass der Ölpreis im Durchschnitt des zweiten Quartals deutlich unter dem des ersten Quartals liegen wird. Wegen des von uns prognostizierten Anstiegs des Ölpreises im zweiten Halbjahr ist anschließend mit einer Verschlechterung der Terms of Trade zu rechnen. Im Jahr 2021 schließlich werden diese gegeben unserer Wechselkurs- und Ölpreisannahmen in etwa konstant bleiben. Insgesamt gehen wir von einer Verbesserung der Terms of Trade um 1,5 Prozent im laufenden Jahr und – bedingt durch den Quartalsverlauf im zweiten Halbjahr 2020 – von einer Verschlechterung von 0,5 Prozent im Jahr 2021 aus.

Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Prognosezeitraum zurückgehen. Im vergangenen Jahr ist dieser um 0,4 Prozentpunkte auf knapp 7,8 Prozent gestiegen. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Rückgang in ähnlicher Größenordnung. Maßgeblich ist, dass die volumenmäßigen Ausfuhren laut unserer Prognose im Jahresdurchschnitt 2020 zurückgehen werden, während die Importe steigen. Die Verbesserung der Terms of Trade wirkt einem stärkeren Rückgang entgegen. Zudem dürfte der Saldo der Vermögenseinkommen weiter steigen. Im Jahr 2021 dürfte der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemäß unserer Prognose in etwa unverändert bleiben.

Auch die heimische Absorption wird durch das Corona-Virus belastet

Die heimische Absorption ist im vergangenen Jahr recht kräftig gestiegen. Zwar legte die letzte inländische Verwendung lediglich um 1 Prozent zu, nach einem Anstieg von 2,1 Prozent im Jahr 2018 (Abbildung 12). Maßgeblich dafür war jedoch vor allem der deutliche Rückgang bei den sehr schwankungsanfälligen Vor-

Abbildung 12:
Letzte inländische Verwendung 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

ratsveränderungen. Rechnet man diese heraus, so legte die inländische Verwendung mit 1,8 Prozent in ähnlich hohem Tempo zu wie im Jahr 2018. Die Konsumausgaben sowie die Bauinvestitionen expandierten dabei auch angesichts der weiter deutlich aufwärtsgerichteten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in beschleunigtem Tempo. Zu einer spürbaren Verlangsamung kam es dagegen bei den Unternehmensinvestitionen. Sie wurden nur noch um 1,6 Prozent ausgeweitet, nach einem Anstieg von 3,6 Prozent im Jahr 2018. Angesichts der schwachen Industriekonjunktur und der unsicheren Absatz- und Ertragserwartungen hielten sich die Unternehmen insbesondere bei den Investitionen in Ausrüstungen zurück. Im vierten Quartal sanken die Unternehmensinvestitionen sogar das zweite Mal in Folge. Auch der private Konsum tendierte zur Schwäche, nicht zuletzt weil die Bruttolöhne und -gehälter in deutlich verlangsamtem Tempo zulegten. Vor diesem Hintergrund stagnierte die letzte inländische Verwendung (abgesehen von den Vorratsveränderungen) im vierten Quartal lediglich. Allerdings könnten die vorliegenden Zahlen die tatsächliche Konsumaktivität etwas unterzeichnen. So wurde die Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze für Dezember in den vergangenen

Jahren für die Erstveröffentlichung durch das Statistische Bundesamt offenbar systematisch zu niedrig erfasst und in der Folge sukzessive – um im Durchschnitt 2 Prozentpunkte – nach oben revidiert (Statistisches Bundesamt 2019).¹ In Zuge dessen wurden auch die privaten Konsumausgaben für das vierte Quartal in den vergangenen Jahren nachträglich nach oben angepasst (Jannsen 2018: [IfW-Box 2018.3](#)).

Die Verbreitung des Corona-Virus dürfte im laufenden Jahr sichtbare Spuren bei der heimischen Absorption hinterlassen. Derzeit sind die konkreten Folgen der Ausbreitung des Virus auf die Binnenkonjunktur nur schwer zu beziffern. Für unsere Prognose unterstellen wir, dass sich die privaten Haushalte vor allem bei bestimmten Aktivitäten (beispielsweise im Bereich Freizeit und Kultur sowie beim Tourismus) deutlich zurückhalten werden, um eine Erkrankung zu vermeiden. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die privaten Konsumausgaben durch die Corona-Pandemie in der ersten Jahreshälfte um etwa 1,5 Prozent gedämpft werden. Sofern die Sorgen um eine Ausbreitung des Corona-Virus nicht weiter zunehmen, werden die privaten Konsumausgaben ab dem dritten Quartal wieder zulegen, ohne dass die entfallenen Ausgaben aus der ersten Jahreshälfte zeitnah vollständig nachgeholt werden. Auch die Unternehmen werden sich angesichts des unsicheren Fortgangs bezüglich des Corona-Virus mit Investitionen wohl zunächst zurückhalten, zumal sie bereits kurzfristig deutliche Absatzeinbußen aufgrund des schwächeren Auslandsgeschäfts hinnehmen müssen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das laufende Jahr mit einem lediglich verhaltenen Anstieg der inländischen Verwendung um weniger als 1 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sie dann wieder deutlich rascher ausgeweitet werden, zumal steuerliche Entlastungen der privaten Haushalte zu einem deutlichen Anstieg der Konsumausgaben beitragen werden.

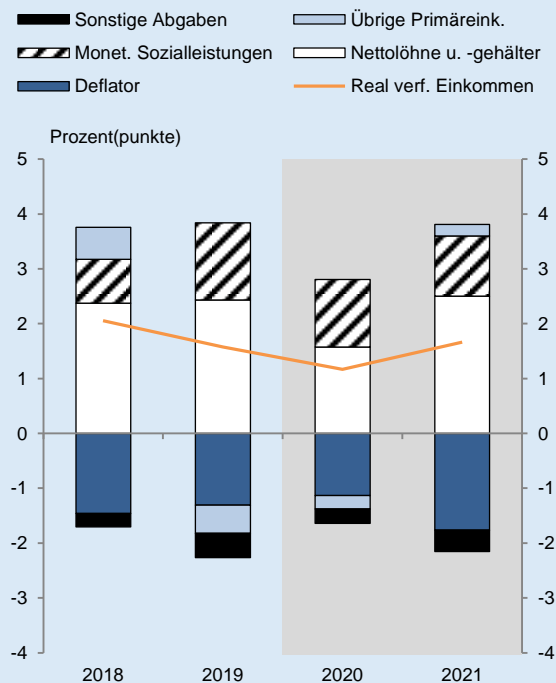
Privater Verbrauch

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen weiter recht kräftig. Im laufenden Jahr werden sie das recht hohe Expansionstempo jedoch voraussichtlich nicht ganz halten können und mit 2,3 Prozent etwas langsamer zulegen als im Vorjahr. Maßgeblich ist der angesichts der schwächeren Arbeitsmarktentwicklung deutlich geringere Anstieg der Lohnsumme, die im laufenden wohl nur um knapp 3 Prozent zulegen wird, nachdem in den vergangenen sechs Jahren jeweils Raten von mehr als 4 Prozent zu verzeichnen waren. Auch die monetären Sozialleistungen werden im Prognosezeitraum nicht mehr ganz so rasch ausgeweitet werden wie im Vorjahr, in dem vor allem die kräftige Rentenerhöhung zu einem sehr starken Anstieg beitrug. Im laufenden Jahr dürften die Unternehmens- und Vermögenseinkommen – nach dem konjunkturbedingt kräftigen Rückgang im Vorjahr – trotz der sich abzeichnenden Absatzeinbußen in der ersten Jahreshälfte wohl nur leicht zurückgehen. So dürften diese Einbußen in der zweiten Jahreshälfte zumindest zum Teil aufgeholt werden. Zudem wirken sich die spürbare Verbesserung der Terms of Trade und vor allem die deutlich höhere Zahl an Arbeitstagen in diesem Jahr erfahrungsgemäß stimulierend auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen aus (Jannsen 2017: [IfW-Box 2017.11](#)). Im Jahr 2021 werden sie angesichts der dann wieder lebhafteren Konjunktur voraussichtlich kräftig steigen. Typischerweise weisen die Entnahmen der privaten Haushalte aus diesen Einkommen eine ähnliche Dynamik auf und werden die verfügbaren Einkommen demzufolge im laufenden Jahr etwas dämpfen und im Jahr 2021 erhöhen. Da für das kommende Jahr zudem die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags vorgesehen ist, wird das verfügbare Einkommen dann deutlich beschleunigt um 3,1 Prozent zulegen (Abbildung 13).

Die privaten Haushalte dürften sich in der ersten Jahreshälfte angesichts der Sorgen um die Verbreitung des Corona-Virus mit Käufen zurückhalten. Für die Prognose rechnen wir damit, dass sich diese Kaufzurückhaltung für einen Großteil der privaten Konsumausgaben ähnlich wie ein sehr deutlicher

¹ Die Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze für den Dezember ist gegenüber der Erstveröffentlichung jüngst bereits von -3,3 Prozent auf -2 Prozent angepasst worden.

Abbildung 13:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2018–2021



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

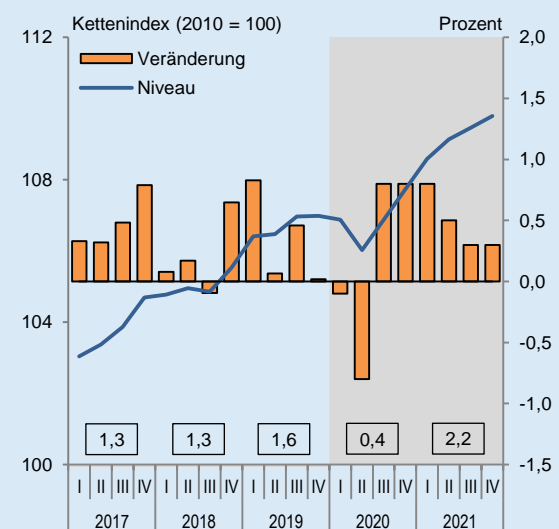
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Anstieg des Krankenstands, beispielsweise infolge einer Grippewelle, auswirken wird. In der Vergangenheit hat dies schätzungsweise zu temporären Rückgängen der Konsumausgaben von bis zu knapp 0,5 Prozent geführt (Kasten 3).² Zwar dürften kurzfristig aufgrund der umfangreichen Vorsorgemaßnahmen deutlich weniger Personen tatsächlich durch das Corona-Virus erkranken als beispielsweise in der Vergangenheit durch die Grippe. Allerdings werden wohl viele Personen vorsorglich zu Hause bleiben, um eine Erkrankung oder weitere Verbreitung zu vermeiden. Darüber hinaus dürften sich die privaten Haushalte

² Dabei dürfte sich dieser Rückgang der Konsumausgaben ungleich über die verschiedenen Verwendungszwecke verteilen. So dürften die Ausgaben für einzelne Posten kurzfristig sogar steigen (z.B. Lebensmittel). Andere, nicht aufzuschiebende Ausgaben (z.B. für Mieten) werden unverändert bleiben. Die Ausgaben für die übrigen Verwendungen werden dementsprechend stärker zurückgehen.

überproportional mit bestimmten Freizeitaktivitäten zurückhalten. Die Bereiche „Freizeit und Kultur“, „Pauschalreisen“ und „Beherbergung und Gaststätten“ haben im Jahr 2019 etwa 10 Prozent der gesamten Konsumausgaben ausgemacht. Unterstellt man hier im historischen Vergleich (seit dem Jahr 1991) sehr große Rückgänge, so würden die privaten Konsumausgaben dadurch für sich genommen um etwa 1 Prozent zurückgehen. Für solch deutliche Rückgänge in diesen Bereichen sprechen beispielsweise die bereits zu verzeichnenden Stornierungen von Urlaubsbuchungen sowie die Absage zahlreicher Großveranstaltungen, insbesondere von Messen. All dies dürfte vor allem im zweiten Quartal zu Buche schlagen, für das wir mit einem deutlichen Rückgang der privaten Konsumausgaben rechnen (Abbildung 14). Sofern die Sorgen um eine Ausbreitung des Corona-Virus nicht weiter zunehmen, werden die privaten Konsumausgaben ab dem dritten Quartal wieder ausgeweitet werden. Nachholeffekte werden sich jedoch voraussichtlich zunächst nur zum Teil einstellen; insbesondere bei entfallenen Dienstleistungen ist nicht damit zu rechnen, dass sie vollständig nachgeholt

Abbildung 14:
Private Konsumausgaben 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

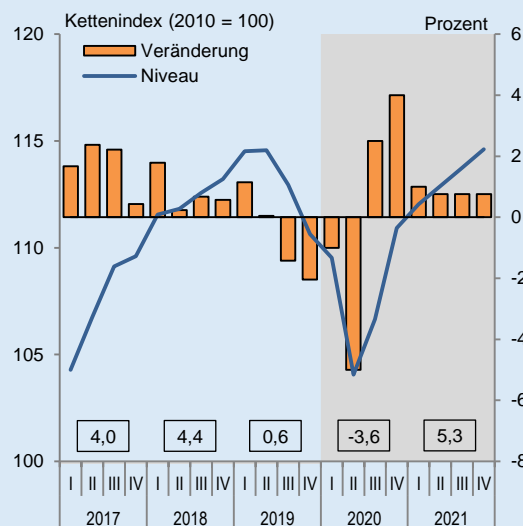
werden. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Sparquote der privaten Haushalte von 10,9 Prozent im Jahr 2019 auf 11,6 Prozent im laufenden Jahr erhöhen und danach allmählich zurückgehen; für das Jahr 2021 rechnen wir mit einer Sparquote von 11 Prozent. Einem stärkeren Anstieg der privaten Konsumausgaben im Jahr 2021 dürfte der dann etwas höhere Preisauftrieb entgegenstehen, der die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälert. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der privaten Konsumausgaben für das laufende Jahr von 0,4 Prozent. Im Jahr 2021 dürften sie deutlich beschleunigt um 2,2 Prozent zulegen.

Investitionstätigkeit

Die Unternehmensinvestitionen werden erst in der zweiten Jahreshälfte wieder ausgeweitet werden. Nach den zum Teil kräftigen Rückgängen, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen (Abbildung 15), im Verlauf des vergangenen Jahres, die vor allem auf die Rezession in der Industrie und der hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit zurückzuführen waren, hatten sich zuletzt leichte Erholungstendenzen abgezeichnet.³ So hatte sich die Stimmung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt; zu Jahresbeginn berichteten die Unternehmen zudem erstmals seit zwei Jahren wieder über einen Anstieg der Kapazitätsauslastung (Abbildung 16). Im Zuge dessen haben sich die Investitionsabsichten der Unternehmen ausweislich der Befragungen des DIHK seit dem Herbst des vergangenen Jahres zumindest nicht weiter verschlechtert. Auch die Auftragsingänge für Investitionsgüter aus dem Inland haben sich zuletzt stabilisiert, und die im Januar verzeichneten Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller waren sogar deutlich aufwärts gerichtet. Angesichts der unsicheren Aussichten bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus dürften sich die Unternehmen

³ Auf den Verlauf bei den Ausrüstungsinvestitionen insgesamt hatten die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen, die im Jahr 2018 etwa 7 Prozent ausmachten, einen spürbaren Einfluss. Sie stiegen im zweiten Quartal um rund 40 Prozent und gingen in den beiden Folgequartalen um jeweils rund 20 Prozent zurück.

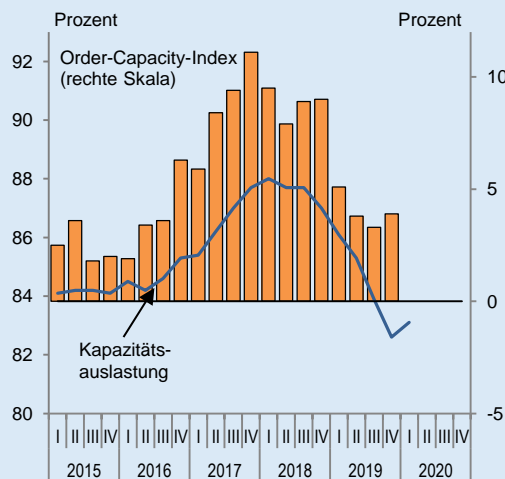
Abbildung 15: Ausrüstungsinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 16: Kapazitätsauslastung 2015–2020



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

nun allerdings mit Investitionen in der ersten Jahreshälfte wieder zurückhalten, zumal sich für diesen Zeitraum bereits deutliche Absatzeinbußen abzeichnen. Auch könnte es kurzfristig zu Lieferproblemen von Investitionsgütern kommen. Sofern sich die Weltkonjunktur da-

nach wieder fängt und die Unsicherheit bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch das Virus nicht weiter zunehmen, dürften die verschobenen Investitionen in der zweiten Jahreshälfte zum Teil nachgeholt werden. Auch im kommenden Jahr werden die Unternehmen angesichts der dann wieder etwas lebhafteren Konjunktur ihre Investitionen weiter deutlich ausweiten. Alles in allem rechnen wir mit einem Rückgang der Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr, gefolgt von einem Anstieg um über 3 Prozent im kommenden Jahr (Tabelle 5).

Tabelle 5:
Anlageinvestitionen 2018–2021

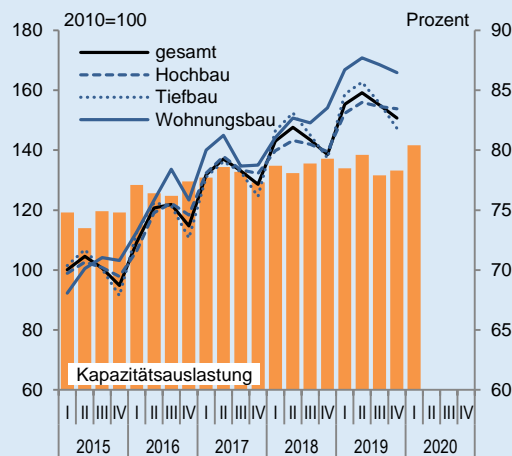
	2018	2019	2020	2021
Anlageinvestitionen	3,5	2,6	0,9	3,5
Unternehmensinvestitionen	3,6	1,6	-0,9	3,6
Ausrüstungen	4,4	0,6	-3,6	5,3
Wirtschaftsbau	0,6	2,5	1,8	1,8
Sonstige Anlagen	4,3	2,7	1,9	2,3
Wohnungsbau	3,0	4,1	3,2	2,5
Öffentlicher Bau	4,3	6,2	7,6	6,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	3,9	3,4	2,8

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Angesichts der guten Auftragslage werden die Bauinvestitionen ungeachtet temporärer Belastungsfaktoren weiter aufwärts gerichtet bleiben. Die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen sind aufgrund der äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, der weiter recht stabilen Lage am Arbeitsmarkt und des recht hohen Bedarfs an zusätzlichem Wohnraum nach wie vor sehr stimulierend. Zwar ist der Auftragsbestand zuletzt etwas zurückgegangen (Abbildung 17). Er befindet sich jedoch nach wie vor auf einem äußerst hohen Niveau. Zudem sind die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen zuletzt deutlich gestiegen. Da die Kapazitätsauslastung der Bauunternehmen weiterhin ausgesprochen hoch ist, werden die Bauinvestitionen wohl in etwa in dem Ausmaß steigen, wie es den Unternehmen gelingt, ihre Kapazitäten auszuweiten. Nachfragerückgänge würden sich vor diesem Hintergrund zunächst vor allem in geringeren Preisanstiegen bemerk-

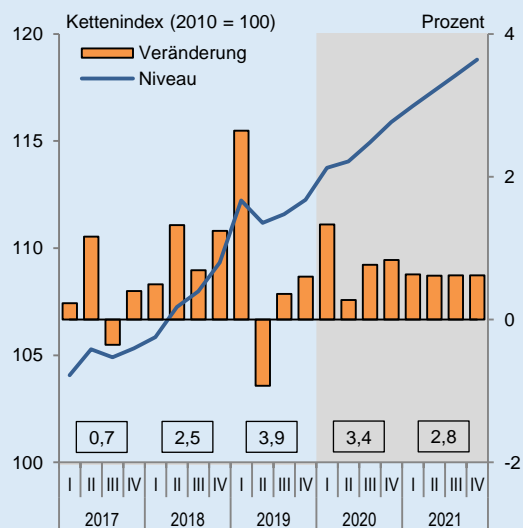
Abbildung 17:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2015–2020



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 18:
Bauinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

bar machen. Aufgrund des hohen Auslastungsgrads würden angebotsseitige Störungen, beispielsweise in Folge einer deutlichen Erhöhung des Krankenstands, allerdings wohl unmittelbar auf die Bauinvestitionen durchschlagen, da kaum Kapazitätsreserven vorhanden

sind, um solche Ausfälle auszugleichen. Für das erste Quartal deuten die Frühindikatoren, wie die Bauproduktion im Januar und Umfragen im Baugewerbe zur laufenden Produktion, auf einen deutlichen Anstieg der Bauinvestitionen hin (Abbildung 18). Insgesamt rechnen wir für das laufende Jahr mit einer Zuwachsrate von 3,4 Prozent. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen mit 2,8 Prozent zulegen.

Industrierezession geht in die Verlängerung

Die Industrie befindet sich weiter in der Rezession. Mit dem Rückgang im vierten Quartal ist die Bruttowertschöpfung der Industrie nun bereits seit Mitte des Jahres 2018 kontinuierlich gesunken. Zuletzt hatten sich zwar Erholungstendenzen abgezeichnet. So hatte sich die Zuversicht der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe bereits seit einigen Monaten zumindest etwas aufgehellt. Auch die Auftragseingänge hatten offenbar ihren Boden gefunden und zogen im Januar sogar deutlich an. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus werden nun jedoch vorerst zu weiteren deutlichen Rückgängen der Produktion führen.

Die Industrie wird von zwei Seiten von den Folgen des Virus getroffen. Zum einen dürfte die Nachfrage nach Industrieprodukten vorübergehend deutlich zurückgehen. Nachdem zunächst vor allem China betroffen war, haben sich mittlerweile auch die Geschäftsaussichten für viele andere Regionen spürbar eingetrübt. Auch hierzulande wird der Absatz leiden, wenn Unternehmen Investitionsvorhaben aufschieben oder Konsumenten sich mit Warenkäufen zurückhalten. Zum anderen können ausbleibende Zulieferungen, derzeit insbesondere aus China, die Produktionsprozesse empfindlich stören. Im Januar und Februar zusammengenommen gingen die chinesischen Exporte aus China gegenüber dem Vorjahr um etwa 17 Prozent zurück, wobei der größere Teil dieses Rückgangs vermutlich auf den Februar entfallen ist.⁴ Bei

⁴ Die Außenhandelszahlen für den Januar und Februar wurden dieses Jahr im Zuge des chinesischen Neujahrsfests erstmals im Einklang mit anderen Konjunkturindikatoren, wie der Industrieproduktion

Lieferzeiten aus China von 4 bis 6 Wochen dürften ab Mitte März somit im größeren Umfang Zulieferungen ausbleiben.

China ist ein wichtiger Lieferant für Vorleistungen. Im Jahr 2019 kamen etwa 10 Prozent der gesamten importierten Vorleistungen aus China. Dieser Wert umfasst dabei auch Vorleistungen, die in anderen Ländern erstellt und in China weiterverarbeitet worden sind, bevor sie nach Deutschland geliefert wurden.⁵ In dem Ausmaß, in dem Vorleistungen aus China zunächst in anderen Ländern weiterverarbeitet werden, bevor sie in die Produktionsprozesse in Deutschland eingespeist werden, unterzeichnet dieser Anteil die tatsächlichen durch das Corona-Virus in China entstehenden Lieferprobleme. Mittlerweile könnte es auch zu Lieferproblemen aus anderen betroffenen Regionen kommen. So lag der Anteil von Italien an den gesamten importierten Vorleistungen im Jahr 2019 bei rund 6 Prozent, der von Südkorea bei 1,5 Prozent.

Der Einfluss von Lieferproblemen bei Vorleistungen auf die Produktion in Deutschland hängt von zahlreichen Faktoren ab. So dürften die Zulieferungen aus China für deutsche Unternehmen eine unterschiedlich große Bedeutung haben, je nachdem wie leicht sie sich substituieren lassen oder ob sie auch von Zulieferern aus anderen Regionen bezogen werden, die weniger stark vom Corona-Virus betroffen sind, so dass Ausfälle ggf. ausgeglichen werden können. Zudem würde die Produktion in vielen Unternehmen angesichts der geringeren Nachfrage auch ohne Lieferengpässe heruntergefahren werden. Ferner hängen

oder den Einzelhandelsumsätzen, zusammen ausgewiesen.

⁵ Ausweislich der World Input Output Tabellen betrug der Anteil der in China geleisteten Bruttowertschöpfung an den gesamten importierten Zulieferungen für im Verarbeitenden Gewerbe gefertigte Endprodukte im Jahr 2014 (jüngere Daten liegen noch nicht vor) durchschnittlich etwa 6,5 Prozent. Der Anteil Chinas an der gesamten Bruttowertschöpfung für hierzulande gefertigte Endprodukte lag bei etwa 2 Prozent. Besonders hoch waren die die Zulieferungen aus China in den Wirtschaftszweigen „Textil- und Bekleidungsindustrie“ (3,2 Prozent), „Herstellung von DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnissen“ (3,3 Prozent) und „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen“ (2,9 Prozent).

Tabelle 6:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2019–2020

	2019		2020			
	III	IV	I	II	III	IV
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,0	-0,4	-1,0	0,9	1,0
Bruttowertschöpfung	0,0	0,1	-0,4	-1,0	0,9	1,0
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,1	-0,3	-1,7	-2,8	2,0	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	-0,9	-0,9	-1,7	-2,8	2,0	1,7
Baugewerbe	1,3	0,5	1,9	0,3	0,5	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,1	0,2	-0,6	-1,0	0,9	1,1
Information und Kommunikation	1,8	-0,1	0,5	0,3	0,8	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,5	0,0	0,0	-0,2	0,1	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,0	0,0	-0,7	-1,7	1,2	1,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,6	0,2	0,1	0,2	0,3
Sonstige Dienstleister	0,0	-0,3	-0,4	-0,8	0,3	0,5

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

die Auswirkungen davon ab, inwieweit Lieferausfälle zumindest kurzfristig durch Vorräte überbrückt werden können. Schließlich könnten Unternehmen, die nicht von Zulieferungen aus China abhängig sind, ihre Produktion entsprechend hochfahren und so Ausfälle bei betroffenen Wettbewerbern kompensieren, zumal die Kapazitätsauslastungen im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Quartalen deutlich gesunken ist und sich mittlerweile unterhalb des langjährigen Durchschnitts befindet. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht lassen sich die Auswirkungen dieser Einflussfaktoren auf das Produktionsergebnis jedoch kaum unterscheiden.

Lieferprobleme bei Vorleistungsgütern können die Produktion kurzfristig empfindlich stören. Angesichts der genannten Einflussfaktoren können die Auswirkungen derzeit nur grob abgeschätzt werden. Legt man die Werte des Jahres 2019 für die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (682 Mrd. Euro) und der Vorleistungsgüterimporte (ohne Energie: 318 Mrd. Euro) zugrunde, so zeigt sich, dass für einen Euro heimischer Wertschöpfung ausländische Vorleistungsgüter im Wert von 46 Cent in den Produktionsprozess eingehen. Geht man davon aus, dass dieses Einsatzverhältnis kurzfristig starr ist (weil Substitutionsgüter oder Lieferalternativen fehlen), so bedeutet dies im Umkehrschluss, dass ein Wegfall von einem Euro an importierten Vorleistungen über 2 Euro an

heimischer Wertschöpfung in Frage stellt. Ein Rückgang der importierten Vorleistungen aus China um 15 Prozent, so wie er für das erste Quartal plausibel erscheint, würde die importierten Vorleistungen um etwa 5 Mrd. Euro reduzieren und bei einer proportionalen Reaktion zu einem Ausfall an Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von etwa 11 Mrd. Euro führen, was einem Rückgang um 1,5 Prozent entspricht.⁶ Sofern es zu größeren Verwerfungen innerhalb der Lieferketten kommt oder Vorleistungsimporte aus anderen Regionen ausbleiben, könnten die Auswirkungen dementsprechend höher ausfallen. Aufgrund der Transportzeiten auf dem Seeweg zwischen Asien und Europa, die vier bis sechs Wochen betragen, werden fehlende Lieferungen aus China die deutsche Wirtschaft zeitversetzt erreichen und mit voller Wucht erst im zweiten Quartal treffen, auch wenn dann die chinesische Produktion und Exporttätigkeit schon wieder anziehen sollte. Insgesamt rechnen wir mit deutlichen Rückgängen der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe für die erste Jahreshälfte, gefolgt von recht kräftigen Anstiegen in der zweiten Jahreshälfte (Tabelle 6).

⁶ In dem Ausmaß wie kurzfristige Lieferprobleme zu zusätzlichen Produktionsausfällen führen, würde dies den Verlauf wohl vor allem akzentuieren und zu größeren Produktionsrückgängen in der ersten Jahreshälfte gefolgt von stärkeren Aufholprozessen in der zweiten Jahreshälfte führen.

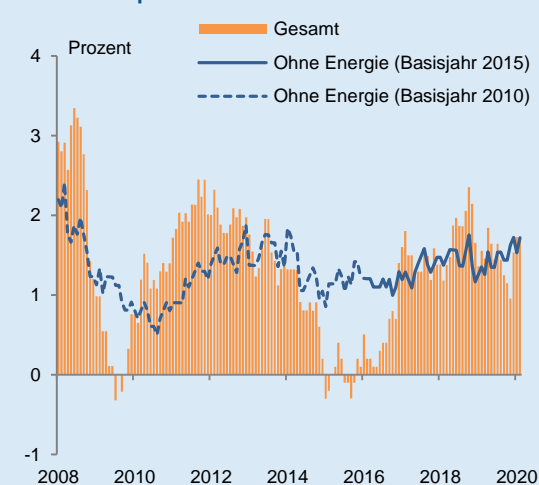
Die Dienstleistungsbranchen werden in unterschiedlichem Ausmaß durch das Corona-Virus betroffen sein. So dürften die Industrieunternehmen angesichts der sich abzeichnenden Produktionsrückgänge zunächst weniger Dienstleistungsaufträge, insbesondere an die Unternehmensdienstleister, erteilen (Bode et al. 2019: [IfW-Box 2019.15](#)). Auch das schwächere Auslandsgeschäft wird die Bruttowertschöpfung bei den international agierenden Dienstleistern schmälern. Zudem werden die privaten Haushalte voraussichtlich ihre Aktivitäten spürbar einschränken, um eine Erkrankung zu vermeiden. Dies wird sich vor allem in dem Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ niederschlagen, zumal auch die Zahl ausländischer Touristen in Deutschland voraussichtlich zunächst deutlich zurückgehen wird.

Die Verbraucherpreisinflation hängt vorübergehend durch

Der Corona-bedingte Nachfrageeinbruch führt zu einem Preisrutsch beim Rohöl. Nachdem der Preis für ein Fass Brent-Öl im vergangenen Jahr durchschnittlich bei etwas über 60 US-Dollar lag und er zum Jahreswechsel sogar kurzzeitig mit der 70-Dollar-Marke flirtete, stürzte er zuletzt regelrecht ab auf etwa 35 Dollar. Hierfür dürfte insbesondere die geringere Nachfrage aufgrund des Corona-bedingten wirtschaftlichen Einbruchs verantwortlich sein. Außerdem scheiterten am 6. März die Verhandlungen der OPEC+ über eine Begrenzung der Ölförderung am Widerstand Russlands. Unter der Annahme, dass sich die Weltwirtschaft nach einem scharfen Einbruch aufgrund der Corona-Krise im Jahresverlauf wieder normalisiert, rechnen wir damit, dass der Ölpreis bis zum Sommer etwas unter 40 Dollar liegen, dann aber bis Ende des laufenden Jahres wieder auf rund 60 Dollar steigen wird. Der Euro, der seit dem Jahreswechsel zunächst von 1,12 auf 1,08 Dollar je Euro abwertete, machte seine Verluste seit Mitte Februar mehr als wett und wurde zuletzt zu 1,14 Dollar gehandelt. Grund hierfür dürfte auch die Erwartung sein, dass die amerikanische Zentralbank ihren im Vergleich zur EZB deutlich größeren Spielraum für eine geldpolitische Lockerung weiter nutzen wird.

Die Teuerung bei den Verbraucherpreisen dürfte im Jahr 2020 nachgeben, im kommenden Jahr aber durch Aufholeffekte und das Klimapakete einen Schub erhalten. Im Januar und Februar belief sich die Verbraucherpreis-inflation jeweils auf 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 19). Über-durchschnittlich trugen hierzu die Preise für Nahrungsmittel, aber auch die Energiekompo-nente, bei. Der nunmehr deutlich gefallene Ölpreis wird die Inflation in den kommenden Monaten aber bremsen. Corona-bedingte Nach-frageeinbrüche dürften momentan in gewissen Bereichen (z.B. Gaststätten- und Beherber-gungsdienstleistungen) die Preise deutlich drücken. Allerdings gehen wir davon aus, dass dieser Inflationsrückgang im Aggregat von angebotsseitigen Effekten aufgrund von Produktionsbehinderungen (wegen Kranken-stand, Eindämmungsmaßnahmen und gestör-ten Lieferketten) und preistreibenden Nachfra-gesteigerungen in anderen Bereichen (z.B. Gesundheit) zumindest aufgewogen wird. Ab dem kommenden Jahr dürfte sich neben dem Wiederanstieg des Ölpreises das Klimapakete preissteigernd bemerkbar machen. Wir rechnen damit, dass es die Verbraucherpreise allein im

Abbildung 19: Verbraucherpreise 2008–2020



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat. Nach der Umstellung auf das neue Basisjahr 2015 wurden durch das Statistische Bundesamt noch nicht alle Datenreihen für den Zeitraum vor 2015 veröffentlicht, weswegen wir dort auf den alten Datenstand zurückgreifen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

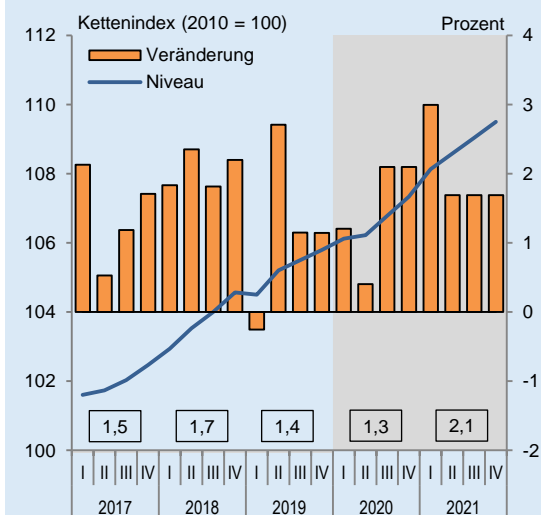
Jahr 2021 um reichlich 0,3 Prozentpunkte erhöhen wird (Kasten 4). Insgesamt erwarten wir gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) Inflationsraten von 1,3 Prozent in diesem und 2,1 Prozent im nächsten Jahr (Abbildung 20). Im Jahr 2021 kann der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) tendenziell eine geringere Inflationsrate ausweisen als der VPI, da bei seiner Berechnung jeweils aktualisierte Ausgabengewichte auf Basis des Vorjahres verwendet werden. Im Jahr 2020 dürfte die Corona-Krise dazu führen, dass in einigen Bereichen sowohl die nachgefragte Menge als auch die Preise deutlich zurückgehen (z.B. Restaurants und Hotels), während in anderen Bereichen (z.B. Gesundheit) das Gegenteil der Fall sein dürfte. Bei einer Normalisierung der Preise in 2021 flößen dann die Bereiche, in denen Aufholeffekte bei den Preisen anstehen, mit geringeren Gewichten ein, als jene, in denen sich Preisaufschläge zurückbilden sollten.

Lohnanstieg sinkt deutlich

Die Tarifverdienste steigen im laufenden und kommenden Jahr verlangsamt. In den vergangenen beiden Jahren legten die Tarifverdienste mit jeweils 2,9 Prozent (ausweislich der Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) verhältnismäßig kräftig zu. Für das laufende Jahr zeichnet sich ein niedrigerer Zuwachs ab. Zwar sehen die bestehenden Verträge im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel leicht höhere Tarifverdienststeigerungen vor. Im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) ist durch den bis Herbst laufenden Tarifvertrag allerdings ein aufs Gesamtjahr gesehen niedrigerer Zuwachs angelegt. Darüber hinaus dürften die derzeitigen Tarifverhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie unter dem Eindruck der seit einiger Zeit bestehenden und sich verschärfenden Industrierezession stehen. Die IG Metall hat bislang auf eine konkrete Lohnforderung verzichtet und die Beschäftigungssicherung in den Fokus gerückt – dies war zuletzt anlässlich der Großen Rezession vor 10 Jahren der Fall. Wir gehen daher von einem deutlich niedrigeren Abschluss im Vergleich zum Vergangenen aus. Hierauf deutet auch der jüngste Abschluss in der chemischen Industrie hin, der deutlich niedriger ausgefallen war. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 2,4 Prozent. Für das kommende Jahr gehen wir von einem ähnlich moderaten Zuwachs aus. Zwar rechnen wir nach der Corona-Virus-bedingten Störung der wirtschaftlichen Aktivität mit einer raschen Erholung, nichtsdestotrotz werden die dann anstehenden Tarifverhandlungen unter dem Eindruck einer seit fast drei Jahren andauernden schwachen Konjunktur stehen.

Die Effektivverdienste verlangsamen sich im laufenden Jahr deutlich stärker als die Tarifverdienste. Die Unternehmen werden bestrebt sein, die vorübergehenden Produktions- und Umsatzausfälle im laufenden Jahr durch Einsparungen auf der Lohnkostenseite soweit wie möglich abzufedern, ohne in großem Umfang Personal abzubauen. Wir rechnen daher mit einer merklichen Ausweitung der Kurzarbeit in den kommenden Monaten. Hinzu kommen dürften weitere Maßnahmen wie die Kürzung

Abbildung 20: Verbraucherpreise 2017–2021



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

übertariflicher Entgeltbestandteile oder die Inanspruchnahme tariflicher Öffnungsklauseln, die es Unternehmen erlauben, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Tarifverträgen abzuweichen. Hierzu zählen die befristete Arbeitszeitreduzierung ohne Lohnausgleich, das Absenken von tariflichen Grundvergütungen und das Aussetzen von Tariferhöhungen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) deutlich verlangsamen werden, von 3,0 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,2 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 7). Mit der Erholung der wirtschaftlichen Aktivität und dem damit verbundenen Zurückfahren von Kurzarbeit und anderer Sparmaßnahmen werden sich die Effektivverdienste im kommenden Jahr erholen (3,1 Prozent).

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,9	2,4	2,4
Effektivlöhne	3,0	3,2	2,2	2,6
Lohn drift	0,1	0,3	-0,1	0,2
Lohnkosten	2,7	3,4	2,1	2,6
Arbeitsproduktivität	0,3	0,0	-0,3	1,4
Lohnstückkosten	2,4	3,4	2,4	1,2
Lohnstückkosten (real)	0,9	1,2	0,2	-0,4
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,9	2,4	2,4
Effektivlöhne	3,2	3,0	2,2	3,1
Lohn drift	0,3	0,1	-0,2	0,7
Lohnkosten	2,9	3,2	2,1	3,1
Arbeitsproduktivität	0,2	-0,3	-0,5	1,7
Lohnstückkosten	2,7	3,5	2,6	1,4
Lohnstückkosten (real)	1,2	1,4	0,4	-0,3

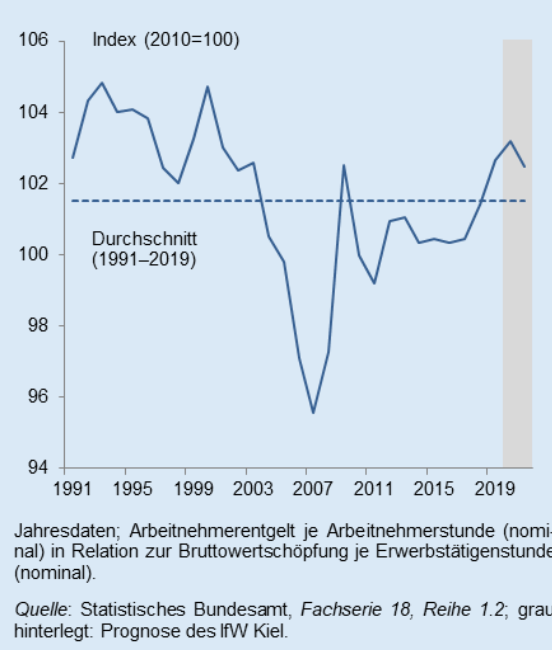
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohn drift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Lohnkosten sind im Verhältnis zu Arbeitsproduktivität und Preisen so hoch wie lange nicht. Da die Arbeitsproduktivität in den

beiden zurückliegenden Jahren außerordentlich schwach ausfiel, sind die Lohnstückkosten vergleichsweise stark – und deutlich stärker als die heimischen Preise – gestiegen. Die realen Lohnstückkosten sind nunmehr so hoch wie zuletzt Anfang der 2000er Jahre (Abbildung 21). Für das laufende Jahr zeichnet aufgrund der erneut schwachen Arbeitsproduktivität zudem ein weiterer Anstieg ab. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften dürfte somit von dieser Seite deutlich schwächer ausfallen als in den zurückliegenden Jahren.

Abbildung 21:
Reale Lohnstückkosten 1991–2021



Unternehmen und Staat federn Arbeitsausfall ab

Die Erwerbstätigkeit legte zuletzt wieder stärker zu. Im Schlussquartal des zurückliegenden Jahres stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 80 000 Personen (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) und damit stärker als im zweiten und dritten Quartal, in denen der Anstieg jeweils nur rund 40 000 Personen betrug. Während die Zahl der Selbständigen und die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten weiter sanken (sogar beschleunigt), legte die sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigung mit etwas über 130 000 Personen wieder stärker zu. Die größten Beiträge kamen dabei aus Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie aus den staatlich geprägten Dienstleistungsbereichen wie Gesundheitswesen, Heime und Sozialwesen. Im Verarbeitenden Gewerbe sinkt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hingegen seit Mitte des vergangenen Jahres. Der Rückgang war bislang zwar nur geringfügig ausgeprägt, hinzugezählt werden muss allerdings die Zahl der in dieser Branche tätigen Zeitarbeiter. Die Gesamtzahl der Zeitarbeiter ist seit zwei Jahren stark rückläufig. Während zu Beginn mit hoher Wahrscheinlichkeit die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes aus dem Jahr 2017 ursächlich war, dürften seitdem konjunkturelle Gründe, insbesondere in der Industrie, zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. In welchen Branchen die Zeitarbeit am stärksten zurückgefahren wurde, kann am aktuellen Rand allerdings nicht beobachtet werden.

Die registrierte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung tendierten seitwärts; die Kurzarbeit weitete sich hingegen aus. Im Februar waren saisonbereinigt 2,26 Mill. Personen bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert (Quote: 5,0 Prozent). Die Zahl war damit zwar geringfügig höher als vor einem Jahr; ein Großteil der Differenz geht allerdings auf eine Statistikbereinigung durch die Bundesagentur für Arbeit im Mai des vergangenen Jahres zurück. Seitdem stagnierte die registrierte Arbeitslosigkeit. Nach Rechtskreisen entwickelt sich die Arbeitslosigkeit jedoch unterschiedlich. Während die Zahl der Arbeitslosen in der Grundsicherung (Rechtskreis SGB II) weiter sank, ist die Zahl der Arbeitslosen in der konjunkturenablen Arbeitslosenversicherung (Rechtskreis SGB III) in der Tendenz seit einem Jahr aufwärtsgerichtet. Der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente blieb weitestgehend unverändert, so dass die gesamte Unterbeschäftigung, die in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst, ebenfalls seitwärts tendierte. Bemerkenswerterweise steigt die durch den Mikrozensus erhobene Zahl der Erwerbslosen (ILO-Konzept) seit verganginem Sommer. Mit einem Plus von saisonbereinigt

70 000 Personen ist dies der erste nennenswerte Anstieg seit der Großen Rezession.⁷ Die Zahl der Kurzarbeiter ist seit knapp zwei Jahren aufwärtsgerichtet, seit verganginem Sommer mit etwas erhöhtem Tempo. Auf Basis der Anzeigen zur Kurzarbeit schätzt die Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit für März auf 124 000 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2020). Ein ähnlich hohes Niveau wurde zuletzt im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise 2012/2013 verzeichnet. Die Kurzarbeit konzentriert sich dabei fast ausschließlich auf das Verarbeitende Gewerbe.⁸

Der Konjunkturinbruch führt zu einem erheblichen Arbeitsausfall, der sich allerdings aufgrund von Kurzarbeit und betriebsinternen Maßnahmen voraussichtlich nur begrenzt auf die Zahl der Erwerbstätigen auswirken wird. Unserer Prognose zufolge führt der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens der Erwerbstätigen von kalenderbereinigt 0,3 Prozent; dies wäre das erste Minus seit der Großen Rezession.⁹ Damit revidieren wir unsere Prognose um 0,6 Prozentpunkte abwärts. Allerdings erwarten wir, dass sich dieser Arbeitsausfall nur begrenzt auf die Zahl der Erwerbstätigen auswirkt. Die Unternehmen dürften zu einem Großteil bestrebt sein, den Arbeitsausfall betriebsintern (z.B. über Arbeitszeitkonten, Urlaubsregelungen, tarifliche Öffnungsklauseln) oder über Kurzarbeit abzufedern, um ihr Personal weitestgehend zu halten, da es sich hierbei aus Sicht der Unternehmen um einen echten exogenen und vorübergehenden Schock handelt. Wir rechnen damit, dass – wie in der Großen Rezession – rund ein Fünftel des Arbeitsausfalls über Kurzarbeit und der Rest durch andere Maßnahmen erfolgt, und dass der Arbeitszeitausfall je Kurzarbeiter

⁷ Eine unterschiedliche Entwicklung zwischen BA-Arbeitslosigkeit und ILO-Erwerbslosigkeit kann sowohl in der unterschiedlichen Erhebung als auch in der unterschiedlichen Definition begründet sein.

⁸ Im November 2019 waren von insgesamt 100 000 Arbeitnehmern in konjunktureller Kurzarbeit 90 000 Personen im Verarbeitenden Gewerbe tätig.

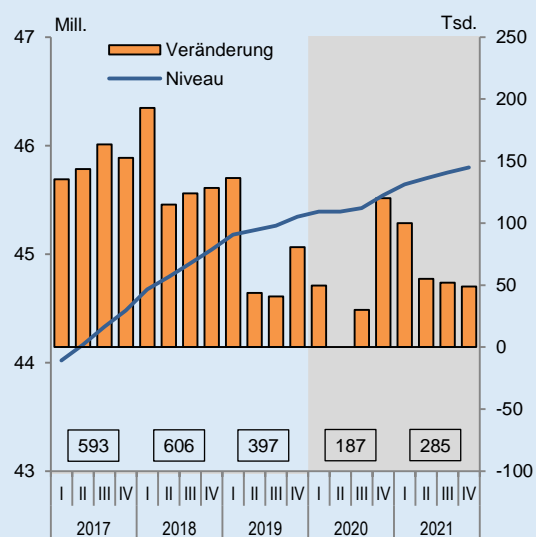
⁹ Aufgrund des großen Arbeitstageeffekts steigt das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen unbereinigt um 0,2 Prozent.

durchschnittlich ein Viertel beträgt.¹⁰ Unter diesen Annahmen steigt die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt 2020 um 190 000 Personen gegenüber dem Vorjahr; im Hochpunkt erhalten rund 400 000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld. Im Jahr 2021 sinkt die Zahl der Kurzarbeiter im Zuge der Erholung um rund 160 000 Personen.¹¹ Vor diesem Hintergrund verlangsamt sich der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Monaten zwar vorübergehend, das Ausmaß bleibt im Verhältnis zum ausgefallenen Arbeitsvolumen aber begrenzt (Abbildung 22).

Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum ebenfalls relativ stabil bleiben. Da sich der Arbeitsausfall nur vergleichsweise wenig auf die Zahl der Erwerbstätigen auswirkt, bleiben auch die Auswirkungen auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen begrenzt (Abbildung 23). Hinzu kommt, dass erfahrungsgemäß ein Teil der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, und ein Teil der Arbeitslosen, die keinen Arbeitsplatz finden, in die sogenannte Stille Reserve wechseln (z.B. weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Grundversicherung haben oder weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen ist). Alles in allem rechnen wir mit einer Arbeitslosenquote von 5,0 im laufenden und 4,9 Prozent im kommenden Jahr (Tabelle 8). Der leichte Rückgang der

Quote im kommenden Jahr ist auch auf einen weiteren Anstieg der Erwerbspersonen (Bezugsgröße) zurückzuführen.

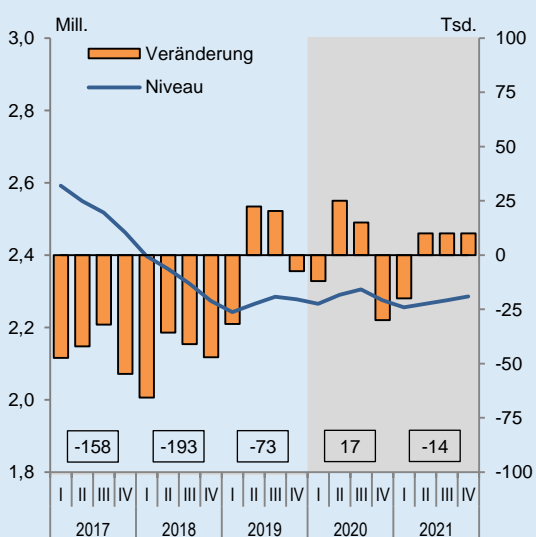
Abbildung 22:
Erwerbstätige 2017–2021



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 23:
Arbeitslose 2017–2021



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

¹⁰ Ab April soll der Zugang zum Kurzarbeitergeld befristet erleichtert werden: Statt ein Drittel müssen nur noch 10 Prozent der Beschäftigten eines Betriebs von einem Arbeitsausfall von mehr als 10 Prozent betroffen sein; auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden als Voraussetzung wird verzichtet; Leiharbeiter können ebenfalls Kurzarbeitergeld beziehen; und die Sozialversicherungsbeiträge auf das ausgefallene Entgelt werden den Arbeitgebern durch die Bundesagentur für Arbeit vollständig erstattet. Zudem wird über eine Verlängerung der Bezugsdauer auf zwei Jahre diskutiert. All diese Lockerungen decken sich weitestgehend mit denen, die anlässlich der Großen Rezession in Kraft traten.

¹¹ Während der Großen Rezession unmittelbar eine Hochkonjunktur vorausging, ist die Ausgangssituation aktuell ungünstiger, da die Konjunktur – insbesondere in der Industrie – bereits seit zwei Jahren schwächtelt. Hierdurch könnten die Möglichkeiten der Unternehmen, den Arbeitsausfall aus eigener Kraft abzufedern, geschmälert sein. Nähmen die Unternehmen Kurzarbeit relativ stärker in Anspruch, ist bei gleichem Arbeitsausfall ein deutlich höherer Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter denkbar.

Tabelle 8:
Beschäftigung 2017–2021 (1 000 Personen)

	2017	2018	2019	2020	2021
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61.564	62.344	62.720	62.859	63.440
Erwerbstätige (Inland)	44.248	44.854	45.251	45.438	45.722
Selbständige	4.273	4.224	4.150	4.071	4.024
Arbeitnehmer (Inland)	39.976	40.631	41.102	41.366	41.698
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.266	32.992	33.541	33.828	34.220
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.739	4.668	4.572	4.477	4.417
Pendlersaldo	121	144	151	153	153
Erwerbstätige (Inländer)	44.127	44.710	45.100	45.284	45.569
Arbeitnehmer (Inländer)	39.855	40.486	40.951	41.213	41.545
Registrierte Arbeitslose	2.533	2.340	2.267	2.284	2.270
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,2	5,0	5,0	4,9
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,5	3,2	3,0	3,1	3,2

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Öffentliche Haushalte rutschen in ein leichtes Defizit

Das Jahr 2019 schlossen die öffentlichen Haushalte abermals mit einem großen Überschuss ab. Zwar verlangsamte der konjunkturelle Abschwung den Anstieg der Steuereinnahmen deutlich, doch stabilisierte die gute Arbeitsmarktlage die Dynamik der Beitragseinnahmen, so dass trotz eines rasanten Anstiegs der Ausgaben, der viele Bereiche der öffentlichen Haushalte erfasst hat, der Überschuss mit nahezu 50 Mrd. Euro (1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) hoch blieb.

Im Jahr 2020 wird der Überschuss deutlich sinken und im Jahr 2021 komplett aufgezehrt sein. Die Folgen des konjunkturellen Abschwungs der Vorjahre, die durch die Corona-Krise bedingte Beeinträchtigung der Konjunktur und verschiedene finanzpolitische Maßnahmen belasten das Budget im laufenden Jahr deutlich. Während die Ausgaben in vielen Bereichen weiter merklich zulegen, tendieren die Einnahmen zur Schwäche. Im Jahr 2021 sorgt die konjunkturelle Belebung dann zwar wieder für eine höhere Dynamik bei Steuern und Beiträgen, doch legen auch die Ausgaben weiter kräftig zu, so dass sogar mit einem moderaten Fehlbetrag gerechnet werden kann.

Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand legen im Prognosezeitraum nur noch mit schwachen Raten zu. Der Anstieg der Steuereinnahmen wird sich wohl deutlich verlangsamen. Der konjunkturelle Abschwung hat die Lohndynamik gemindert und die Gewinnsituation der Unternehmen ist weiterhin wenig steuerergiebig. Zudem dürften Einnahmen aus Umsatz- und Verbrauchsteuern unter dem Einfluss der Corona-Krise zeitweise zusätzlich unter Druck geraten. Die von der Finanzpolitik auf den Weg gebrachten Entlastungen in der Einkommensteuer verändern das Tempo für sich genommen jedoch kaum, da es im Vorjahr bereits ähnliche Entlastungen gab. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem stärkeren Plus angesichts der konjunkturellen Belebung. Zudem dürften finanzpolitische Maßnahmen relativ großen Umfangs Wirkung entfalten, die sich allerdings mit Blick auf das Budgetergebnis zum Teil aufheben. So wird zwar der Solidaritätszuschlag teilweise abgeschafft und es ist mit einem turnusmäßigen Eingriff in den Einkommensteuertarif zu rechnen, doch wird auch die CO₂-Steuer eingeführt. Insgesamt dürfte die Steuerquote in beiden Jahren moderat sinken.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen verlieren an Tempo. Durch die schwächere Lohndynamik in beiden Jahren des Prognosehorizonts sinkt auch die Geschwindigkeit, in der die Einnahmen aus Beiträgen steigen.

Zudem wurden der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum Jahresbeginn und die aus Betriebsrenten geleisteten Beitragszahlungen gesenkt. Da der Arbeitsmarkt und die Lohnentwicklung eher nachlaufend sind, dürfte die Belegung im Jahr 2021 dann kaum zu einem deutlicheren Anstieg der Beitragszahlungen führen. Allerdings dürften mehrere Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge erhöhen, so dass die Beitragseinnahmen im Jahr 2021 insgesamt wieder etwas schneller zulegen.

Die sonstigen Einnahmen werden vorerst durch die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank gestützt. Nach einem starken Anstieg der sonstigen Einnahmen im vergangenen Jahr, der von steigenden Mautgebühren begünstigt war, verlangsamt sich dieses Jahr das Tempo der sonstigen Einnahmen deutlich. Dass dieses nicht noch weiter zurückfällt, liegt an dem höher als erwartet auftretenden Bundesbankgewinn, der dem Bund im Frühjahr 2020 Einnahmen von nahezu 6 Mrd. Euro erbringt. Für das kommende Jahr rechnen wir analog zur Finanzplanung des Bundes mit einem niedrigeren Bundesbankgewinn, so dass die sonstigen Einnahmen dann in etwa stagnieren dürften. Für die Einnahmen insgesamt rechnen wir für die Jahre 2020 und 2021 mit einem Anstieg von 2½ bzw. etwa 3 Prozent. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürften die Einnahmen schließlich auf 46,5 Prozent sinken (Tabelle 9).

Die konsumtiven Ausgaben des Staates dürften im laufenden Jahr kräftig expandieren und dann etwas an Schwung verlieren. Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte, Vorleistungen und soziale Sachleistungen werden wohl deutlich zulegen, doch nicht die Expansionsraten des Vorjahres erreichen und im folgenden Jahr weitere Dynamik einbüßen. So ist damit zu rechnen, dass die Arbeitnehmerentgelte angesichts der Tarifydynamik etwas schwächer zulegen, wobei wir auch davon ausgehen, dass der Beschäftigungsaufbau zwar anhält, sich aber verlangsamt. Insgesamt dürfte der Zuwachs mit etwa 4 Prozent immer noch deutlich sein. Im Jahr 2021 dürften die Tarifverdienste im öffentlichen Dienst abermals langsamer steigen und die Personalausgaben nur noch mit gut 3 Prozent expandieren. Die Ausgaben für Vorleistungen, die im vergangenen Jahr vor allem vom Bund und den Kommunen kräftig ausgeweitet worden

sind, werden das hohe Niveau von über 6 Prozent Anstieg im laufenden Jahr nicht nochmal erreichen. Doch dürfte die Dynamik vorerst hoch bleiben, da viele derzeit in der Umsetzung befindliche Ausgabenprojekte nicht nur die Investitionen stärken, sondern auch Vorleistungskäufe auslösen. Angesichts der schwindenden Budgetüberschüsse wird sich der Anstieg im Jahr 2021 etwas verlangsamen. Die sozialen Sachleistungen dürften wie bereits im Vorjahr von Leistungsausweitungen in den Sozialversicherungen und der guten Budgetsituation der Gebietskörperschaften profitieren. Zudem ist mit zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu rechnen. Allerdings unterstellen wir hier keinen starken zusätzlichen Effekt, da zugleich anderen Leistungen nicht in Anspruch genommen werden dürften, da z.B. im Zuge einer höheren Beanspruchung des Gesundheitssystems planbare Eingriffe verschoben werden oder Patienten meiden Wartezimmer aufzusuchen. Wir rechnen für das Jahr 2021 mit einer etwas langsameren Gangart, da die Spielräume für zusätzliche Ausgabenprogramme geringer werden.

Die monetären Sozialleistungen steigen im laufenden Jahr deutlich und verlieren dann etwas an Schwung. Im vergangenen Jahr haben die Mütterrente und die Wiedereinführung der Parität die Ausgaben der Rentenversicherung deutlich angeschoben. Diese Effekte entfallen zwar in diesem Jahr, doch ist auch angesichts der Corona-Krise mit einem deutlichen Anstieg der arbeitsmarktbedingten Ausgaben zu rechnen, so dass die monetären Sozialleistungen abermals deutlich zulegen dürften. Im kommenden Jahr dürften dann die zusätzlichen Arbeitsmarktausgaben zum Teil entfallen, während die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres wohl eher moderat ausfallen wird. Allerdings sorgt die Einführung der Grundrente für zusätzliche Ausgaben, so dass das Plus nur wenig geringer ausfallen dürfte als im Jahr 2020.

Die Bruttoinvestitionen der öffentlichen Hand werden in beiden Jahren 2020 und 2021 weiter kräftig zulegen. Nach dem rasanten Anstieg der Ausgaben für Bruttoinvestitionen in den beiden vorangegangenen Jahren dürfte das Tempo nur wenig nachlassen, da immer noch verschiedene Investitionsmittel zwar vom Bund bereitgestellt, aber noch nicht

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2017–2021 (Mrd. Euro)

	2017	2018	2019	2020	2021
Einnahmen	1.481,7	1.552,9	1.608,6	1.644,8	1.703,0
➤ relativ zum BIP	45,7	46,4	46,8	46,9	46,5
Steuern	766,6	800,9	825,8	839,9	872,0
➤ relativ zum BIP	23,6	23,9	24,0	23,9	23,8
Sozialbeiträge	549,5	572,5	597,8	613,5	638,5
➤ relativ zum BIP	16,9	17,1	17,4	17,5	17,5
Sonstige Einnahmen	165,7	179,5	184,9	191,4	192,4
➤ relativ zum BIP	5,1	5,4	5,4	5,5	5,3
Ausgaben	1.441,4	1.490,5	1.558,8	1.633,5	1.707,5
➤ relativ zum BIP	44,4	44,6	45,4	46,5	46,7
Arbeitnehmerentgelt	250,0	259,3	271,7	282,2	290,9
Vorleistungen	162,9	169,4	179,8	188,0	195,9
Soziale Sachleistungen	278,3	285,9	299,7	313,7	326,4
Bruttoinvestitionen	71,9	78,4	85,3	92,2	100,0
Geleistete Vermögenseinkommen	34,3	31,7	27,5	24,7	23,6
Monetäre Sozialleistungen	506,6	520,2	546,2	569,8	591,2
Subventionen	27,9	29,6	31,7	34,4	43,2
Sonstige laufende Übertragungen	67,0	74,9	78,3	87,9	93,1
Vermögensübertragungen	44,0	42,2	39,6	41,6	44,2
Sonstige Ausgaben	-1,6	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	40,3	62,4	49,8	11,3	-4,6
➤ relativ zum BIP	1,2	1,9	1,4	0,3	-0,1
Einnahmen der Gebietskörperschaften	961,2	1.010,5	1.042,3	1.063,9	1.097,9
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	960,1	1.009,3	1.041,2	1.062,8	1.096,7
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	931,9	963,9	1.002,4	1.050,0	1.102,6
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	816,7	845,6	879,7	923,3	970,0
Transfers an die Sozialversicherung	115,2	118,3	122,8	126,8	132,6
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	29,3	46,6	39,9	13,9	-4,7
Einnahmen der Sozialversicherung	636,9	661,9	690,2	708,8	738,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	521,6	543,6	567,4	582,1	606,3
Ausgaben der Sozialversicherung	625,9	646,1	680,3	711,4	738,7
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	624,8	644,9	679,2	710,3	737,5
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	11,0	15,9	9,9	-2,6	0,1

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

abgerufen wurden. Zudem spricht die gute Haushaltslage von Länder und Kommunen der vergangenen Jahre für eine Fortsetzung der Investitionsdynamik. Brems Spuren induziert durch die sinkenden Haushaltsüberschüsse erwarten wir erst in der mittleren Frist.

Besonders hoch ist die Dynamik bei den Ausgaben für Subventionen. Viele der Ausgaben des Energie- und Klimafonds gehen als sonstige Subvention in das Staatskonto ein. Bereits in den vergangenen Jahren sind die Ausgaben hier deutlich gestiegen und nach den Beschlüssen zum Klimapakete ist mit einer weiteren Beschleunigung zu rechnen. Zudem wird die Entlastung der EEG-Umlage durch den Bund (Verwendung eines großen Teils der CO₂-

Steuer) wahrscheinlich als Gütersubvention in den VGR gebucht werden. Da es sich bei den EEG-Subventionen voraussichtlich um über 5 Mrd. Euro handeln wird, steigen die Subventionen insgesamt im Jahr 2021 wohl um über 20 Prozent.

Die sonstigen laufenden Übertragungen sind von den Zahlungen an die EU geprägt. Für das laufende Jahr wird hier mit einem deutlichen Anstieg gerechnet. Für das kommende Jahr lässt sich derzeit wenig verlässliches sagen, da die Beratungen zum EU-Haushalt für die Jahre 2021 und folgende noch nicht abgeschlossen sind. Wir gehen dabei von einem weiteren Anstieg der EU-Eigenmittelzahlungen entsprechend der derzeitigen mittelfristigen

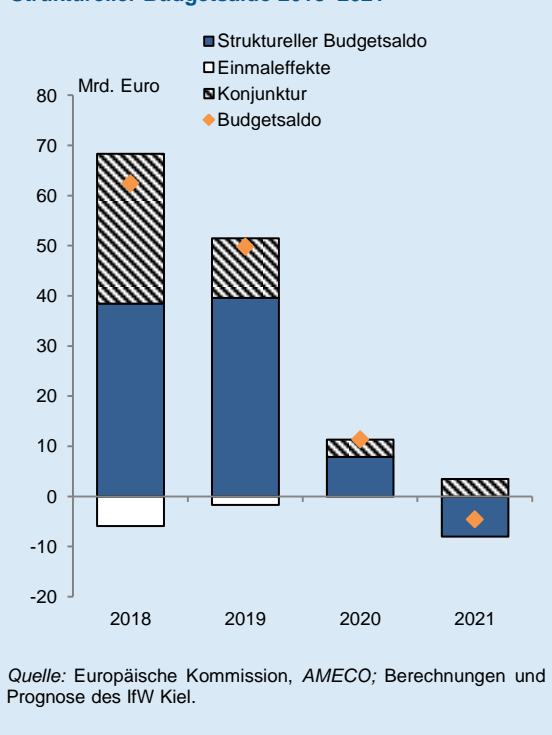
Finanzplanung des Bundes aus. Die Vermögenstransfers dürften nach einem spürbaren Rückgang im vergangenen Jahr – größere Zahlungen im Zuge der Abwicklung der HSH Nordbank sind 2019 entfallen – wieder zulegen, Zwar entfallen die 2019 geleisteten Kapitalbeihilfen der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt für die Nord LB, doch sorgen steigende Entwicklungshilfeausgaben und Investitionszuschüsse an die Deutsche Bahn für ein Plus.

Der Trend zu sinkenden Zinsausgaben hält unvermindert an. Die jüngste krisenhafte Entwicklung hat die Renditen auf Staatsanleihen weiter fallen lassen. Da typischerweise keine negativen Coupons ausgegeben werden, führt das Begeben von Anleihen unter dem Nennwert zu Einnahmen für den Staat, die allerdings im System der VGR über die gesamte Laufzeit verteilt werden, so dass die im aktuellen Umfeld ausgeteilten Titel noch längere Zeit die Zinsausgaben dämpfen dürften. Außerdem werden immer noch relativ hochrentierliche Titel ersetzt. In der Summe dürften die Zinsausgaben im laufenden Jahr deutlich sinken und im kommenden Jahr abermals, wenn auch mit geringeren Geschwindigkeit.

Insgesamt steigen die Ausgaben in den Jahren 2020 und 2021 deutlich. Wir rechnen mit einem Anstieg der Ausgaben von 4,8 bzw. 4,5 Prozent. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen die Ausgaben schließlich auf 46,5 Prozent. Der Budgetsaldo wird wohl mit 11,3 Mrd. Euro auf nahe null (0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sinken. Im folgenden Jahr werden dann die Einnahmen wieder etwas schneller zulegen und der Ausgabenanstieg sich etwas verlangsamen. Insgesamt rechnen wir aber mit einem Fehlbetrag von -1,7 Mrd. Euro. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird das Defizit aber 0 Prozent betragen.¹² Da ein

wesentlicher Teil der Verschlechterung des Budgetsaldos konjunktureller Natur ist, sinkt der strukturelle Budgetsaldo im laufenden Jahr deutlich weniger. Wegen finanzpolitischer Maßnahmen und nachlaufenden Effekten der Krise im Budgetsaldo sinkt der strukturelle Saldo hingegen im Jahr 2021 recht deutlich (Abbildung 24). Der Bruttoschuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt dürfte in beiden Jahren weiter sinken (Abbildung 25).

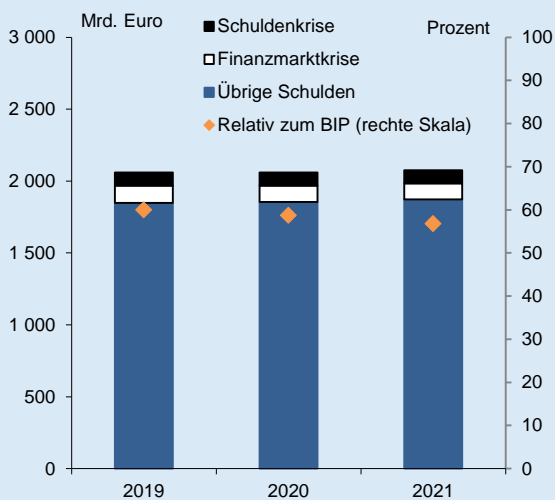
Abbildung 24:
Struktureller Budgetsaldo 2018–2021



¹² Das gesamtstaatliche Defizit im Finanzierungssaldo laut VGR sollte nicht mit dem Konzept der „schwarzen Null“, die sich auf die Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt des Bundes oder den Vorgaben der „Schuldenbremse“, die sich auf die um finanzielle Transaktionen bereinigte Nettokreditaufnahme des Bundes plus Finanzierungssaldo der Extrahaushalte des Bundes bezieht. Bei den beiden zuletzt genannten Konzepten ist zudem zu berücksichtigen, dass der Bund erhebliche Rücklagen aus den Vorjahren hat, so dass die hier genannten Defizite im Finanzierungssaldo der VGR durchaus in

Einklang mit den Vorgaben der Schuldenbremse oder sogar der „schwarzen Null“ sein dürften. Allerdings dürfte dies mit einem erheblichen Verzehr der genannten Rücklagen einhergehen (Boysen-Hogrefe 2019, WD).

Abbildung 25:
Bruttoschuldenstand 2019–2021



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; Berechnungen und Prognose des IfW Kiel.

Zur Wirtschaftspolitik

In Zeiten hoher Konjunkturunsicherheit kommt es in der Stabilitätspolitik in besonderem Maße auf zielgenaue, selbstdosierende und reaktionsschnelle Instrumente an. Je unübersichtlicher der kurzfristige Konjunkturverlauf und je größer das Spektrum plausibler Szenarien, desto weniger geeignet sind diskretionäre stabilisierungspolitische Maßnahmen. In einer solchen Situation ist es besonders unklar, welche Bereiche im Wirtschaftssystem unter Stress geraten und wie hoch der staatliche Mitteleinsatz ausfallen muss, um die gewünschte Wirkung zu entfalten. Zudem gehen diskretionäre Einzelmaßnahmen typischerweise mit Erkenntnis- und Umsetzungsverzögerungen einher, die eine zeitnahe Eindämmen von Fehlentwicklungen erschweren. In Krisenzeiten ist der Zeitfaktor aber von herausgehobener Bedeutung, um Stabilitätsgefahren abzuwehren. Die stabilisierungspolitischen Instrumente müssen vielmehr so ausgestaltet sein, dass sie automatisch dort anspringen, wo sich die größten Handlungsbedarfe auftun. Dies gelingt, in-

dem nur die Bedingungen formuliert werden, unter denen sie auf dezentraler Ebene in Anspruch genommen werden können, der Umfang, in dem dies geschieht, aber den einzelwirtschaftlichen Akteuren überlassen bleibt. Auf diese Weise kann das bei stabilisierungspolitischen Eingriffen grundsätzlich immer bestehende staatliche Informationsproblem beträchtlich entschärft werden. Dies setzt neben der Diagnose des ökonomischen Kernproblems – also der Frage, welcher gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklung begegnet werden soll – voraus, dass die Anspruchsbedingungen den privaten Akteuren adäquate Anreize setzen, damit die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen im Einklang mit der angestrebten gesamtwirtschaftlichen Wirkung stehen und es daher weder zu einer gravierenden Unter- noch zu einer Überdosierung kommt.

Die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen ist zentral, um die Folgekosten der Corona-Krise gering zu halten. Das Ziel der Infektionseindämmung erfordert nach derzeitigem Stand der medizinischen Erkenntnisse und der gesundheitspolitischen Risikoabwägung eine deutliche Einschränkung menschlicher Interaktion. Dies belastet zwangsläufig die ökonomische Aktivität durch entfallende Handels- und Produktionsmöglichkeiten. Diesen unmittelbaren Kosten der Virusbekämpfung hat die Wirtschaftspolitik nichts entgegenzusetzen, will sie nicht den seuchenpolitischen Zielen zuwiderhandeln. Die Wirtschaftspolitik sollte sich daher darauf konzentrieren, mögliche Folgekosten für die Zeit nach dem Abklingen der Pandemie möglichst gering zu halten. Diese Folgekosten bestünden vor allem darin, dass Unternehmen aufgrund kurzfristiger Umsatzausfälle zur Aufgabe gezwungen wären, obwohl sie grundsätzlich über tragfähige Geschäftsmodelle verfügen. Träte dies in größerem Umfang ein, würde der so entstehende Flurschaden die Aufholprozesse erheblich verzögern und die Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems für längere Zeit schwächen. Die finanzielle Widerstandsfähigkeit der Unternehmen ist damit der entscheidende Faktor für die ökonomische Bewältigung der Corona-Krise und damit zugleich der wichtigste Ansatzpunkt für die Wirtschaftspolitik.

Garantien statt Subventionen, Abgabenstundung statt -erlass: Ordnungskonforme Anreize gehen nicht auf Kosten der Stabilisierungspolitischen Wirksamkeit. Trotz aller Unwägbarkeiten ist aus derzeitiger Sicht insgesamt mit einem drastischen, aber vergleichsweise kurzen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland zu rechnen. Grundsätzlich sind auch in einer solchen Entwicklung zunächst die Unternehmen selbst gefordert, die auftretenden Verluste zu tragen und ihre Liquidität sicherzustellen. Dies wird ihnen aus eigener Kraft umso besser gelingen, je größer ihre Eigenkapitalpuffer sind. Im Durchschnitt haben die nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland ihre Eigenkapitalquote in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich ausgebaut und im europäischen Vergleich mittlerweile zur Spitzengruppe aufgeschlossen (Deutsche Bundesbank, 2019). Dadurch ist insbesondere ihre Kreditwürdigkeit für die Vergabe von liquiditätsstärkenden Überbrückungskrediten durch die Geschäftsbanken gestiegen, die ihrerseits ihre Eigenkapitalbasis in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich verbessert haben. Diese dürften auch die Solvenz ihrer Kunden aufgrund langjähriger Geschäftsbeziehungen besser einschätzen können als andere Akteure. Aus Informations- und Anreizgesichtspunkten sind daher zunächst Unternehmen und Geschäftsbanken gefordert, liquiditätssichernde Kreditgeschäfte abzuschließen, um krisenbedingte Durststrecken zu überbrücken. Der Staat ist hierbei nur in einer subsidiären Rolle, die immer dann gefordert ist, wenn aufgrund einzelwirtschaftlich nicht zu beherrschender Systemrisiken eine allgemeine Kreditklemme droht. In einer solchen Situation sind staatliche Garantien (Kreditbürgschaften) das Mittel der Wahl, weil sie unter den wirksamen Mitteln am wenigsten eingriffsintensiv sind. Diese Garantien sollten jedoch so bepreist werden, wie es außerhalb von finanzwirtschaftlichen Stressperioden marktüblich ist. Kreditgarantien haben gegenüber Subventionen den Vorteil, dass der Staat im Erfolgsfalle keine fiskalischen Kosten zu tragen hat. Andernfalls würden aus Sicht der Privaten nur die Kosten sozialisiert, die Gewinne aber privatisiert, was einer marktwirtschaftlichen Ordnung widerspricht. Das stabilisierungspolitische Ziel wird durch bepreiste Garantien nicht nur trotzdem, sondern auch

zielgenauer erreicht. So würde es auch ohne Corona-Krise Unternehmensinsolvenzen geben. Diese sind Teil des normalen Strukturwandels und sollten auch in Zeiten der Krise nicht aufgehoben werden. Denn spätestens, wenn Unternehmen dank staatlicher Subventionen ihre nicht-geförderten Wettbewerber im Markt ausbooten könnten, läge eine Überdosierung staatlicher Stützungsmaßnahmen vor. Neben Kreditbürgschaften kann der Staat auch über das Stundieren von Abgaben die Liquiditätssicherung für Unternehmen flankieren. Ein temporäres Absenken der Steuerlast ist für dieses Ziel nicht erforderlich, auch wenn eine Reform der Unternehmensbesteuerung aus anderen Gründen gerechtfertigt sein mag.

Grundsätzlich ist die Wirtschaftspolitik mit den KfW-Mittelstandsprogrammen gut gewappnet. Kleinen und mittleren Unternehmen (mit Umsatz von unter 500 Mio. Euro) stehen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Mittelstandsprogramme zur Verfügung, die auch Betriebsmittelkredite zur Überbrückung von Liquiditätsflauten umfassen. Ein Teil des Kreditrisikos müssen dabei die Hausbanken tragen, was aus Anreizgesichtspunkten richtig ist. Ausweislich des KfW-Mittelstandspanels (KfW 2019) haben zwar im Schnitt alle Unternehmensgrößen ihre Eigenkapitalbasis in den vergangenen zwei Dekaden gestärkt, Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten hinken aber mit ihrer Quote um über 10 Prozentpunkte hinter den größeren Unternehmen hinterher und sind somit krisenanfälliger. Sie könnten daher verstärkt auf KfW-Kredite angewiesen sein. Grundsätzlich sollten die KfW-Kreditlinien nach oben atmen können, um die Selbstdosierung dieses Instrumentes bei einer verschärften Krise nicht zu behindern.

Die Kurzarbeiterregelung ist ebenfalls ein stabilitätsgerechtes Instrument, allerdings enthalten die jüngsten Erleichterungen auch problematische Elemente. Das Kurzarbeitergeld wirkt zielgenau, selbstdosierend und schnell. Es erfüllt damit alle Kriterien eines idealen Instruments der Stabilisierungspolitik. Insbesondere ermöglicht es den Unternehmen, ihren Personalbestand zu erhalten, um nach überstandener Krise die Produktion rasch wieder hochzufahren. Zugleich sichert es die Einkommen der Arbeitskräfte gegen sonst deutlich

größere Einbußen ab. Die nun auf den Weg gebrachten, befristeten Regeländerungen erleichtern den Zugang, indem der nachzuweisende Arbeitsausfall von 30 Prozent auf 10 Prozent gesenkt wurde und der Aufbau von negativen Arbeitszeitsalden keine Voraussetzung mehr ist. Zugleich wird der Kurzarbeitergeldbezug auch für Leiharbeitnehmer ermöglicht und den Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge für die Ausfallstunden erlassen. Eine Stundung der Sozialversicherungsbeiträge hätte die Unternehmen bei gleicher Liquiditätswirkung stärker an den Kosten dieser Maßnahme beteiligt. Diesbezüglich ist auch der Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden problematisch. Es ist zumindest fraglich, ob hiermit die Anreize für die Inanspruchnahme nicht bereits über das Ziel hinausgeschossen sind und so tendenziell eine Überdosierung dieses Instrumentes droht. Da die Corona-Krise die Industrierezession in die Verlängerung schiebt, könnten die ersten kurzarbeitenden Unternehmen an die Jahresfrist für die reguläre Bezugsdauer stoßen. Es ist daher ratsam, vorsorglich von § 109 SGB III Gebrauch zu machen, und die Bezugsdauer per Rechtsverordnung auf zwei Jahre auszudehnen.

Bei einer länger anhaltenden Rezession sollte der Instrumentenkasten der Wirtschaftspolitik nachjustiert werden. Sofern die Corona-Krise über längere Zeit andauert, könnte es trotz Ausweitung der Kurzarbeit zu einem Anstieg der Zahl der Insolvenzen kommen. Steuerstundung und Liquiditätshilfen schützen nicht vor dem Aufzehren des Eigenkapitals. Da auch bei einem längeren Verlauf der Krise grundsätzlich von einem temporären Phänomen auszugehen ist, könnten dann auch eigenkapitalstärkende Maßnahmen ins Auge gefasst werden. Schließlich kann davon ausgegangen werden, dass sich die Geschäftsmodelle der meisten der betroffenen Unternehmen bewährt haben und diese langfristig am Markt erfolgreich sein können. Denkbar wäre die Umwandlung von staatlichen Forderungen in eine Unternehmensbeteiligung bzw. eine zeitweise bilanzrechtliche Änderung, so dass Forderungen des Staates wie Eigenkapital der betroffe-

nen Unternehmen gewertet werden, wobei der Staat die Rolle eines stillen Teilhabers einnimmt. Allerdings konnten die deutschen Unternehmen im Schnitt auch während der Großen Rezession ihre Eigenkapitalposition halten und eine größere Insolvenzwelle vermeiden. Das Inaussichtstellen solcher weitreichenden Instrumente kann aber bei hoher Unsicherheit bei den privaten Akteuren vertrauensbildend wirken.

Geldpolitisch bestehen im Euroraum kaum sinnvolle Eingriffsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Corona-Krise. Der expansive Kurs der EZB hat die Einlagenzinsen bereits in den negativen Bereich gebracht. Dieses Instrument verteuert damit die Liquiditätshaltung von Geschäftsbanken und ihren Unternehmenskunden. Ein weiteres Absenken wäre demnach stabilisierungspolitisch kontraproduktiv. Zentralbankliquidität ist im Euroraum überreichlich vorhanden. So betragen die Überschussreserven der Geschäftsbanken derzeit 1 744 Mrd. Euro, was 55 Prozent der monetären Basis entspricht. Probleme mit der Vergabe von Überbrückungskrediten könnte es indes in Mitgliedsländern geben, in denen das Bankensystem immer noch mit hohen Altbeständen von notleidenden Krediten belastet ist. Dort wären Kreditgarantien das Mittel der Wahl. Die damit verbundene Risikoübernahme ist aber eine fiskalische, keine geldpolitische Aufgabe. Sollte dadurch die Kreditwürdigkeit der Staaten selbst leiden, so müssten sie dafür höhere Risikoaufschläge bei ihrer eigenen Refinanzierung am Kapitalmarkt in Kauf nehmen. Sollte eine Vertrauenskrise an den Anleihemärkten die Handlungsfähigkeit der Staaten im Euroraum während der Corona-Krise jedoch deutlich einschränken, würde dies vermutlich auch auf die deutsche Wirtschaft ausstrahlen. Hier besteht mit dem ESM ein Instrument, das genau dem entgegenwirken und die Handlungsfähigkeit der betroffenen Staaten aufrechterhalten kann.

Kasten 1:
Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2019

Das Bruttoinlandsprodukt expandierte im Jahr 2019 um 0,6 Prozent. In unserer Frühjahrsprognose waren wir von einem Anstieg von 1 Prozent ausgegangen (Tabelle K1-1). Der resultierende Prognosefehler von 0,4 Prozentpunkten ist vergleichsweise gering. So lag der durchschnittliche absolute Prognosefehler in den Frühjahrsprognosen des IfW in den Jahren von 1994 bis 2018 bei 0,6 Prozentpunkten. Zudem sind die Prognosefehler in einem konjunkturellen Abschwung, so wie er in Deutschland im vergangenen Jahr zu verzeichnen war, tendenziell höher (Dovern und Jannsen 2017). Unsere Einschätzung, dass sich die Konjunktur ausgehend von deutlich überausgelasteten Kapazitäten weiter abkühlen wird, hat sich weitestgehend als korrekt herausgestellt. Im Verlauf des Jahres haben wir unsere Prognose etwas nach unten angepasst.

Tabelle K1-1:
Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung für das Jahr 2019

	Statisches Bundesamt		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose		Winterprognose	
	Ist-Wert (1)	Prognose (2)	Fehler (2)-(1) (3)	Prognose (4)	Fehler (4)-(1) (5)	Prognose (6)	Fehler (6)-(1) (7)	Prognose (8)	Fehler (8)-(1) (9)	
Deutsche Wirtschaft:										
Inländische Verwendung	1,0	1,8	0,8	1,3	0,3	1,0	0,0	1,0	0,0	
Privater Konsum	1,6	1,5	-0,1	1,7	0,1	1,3	-0,3	1,5	-0,1	
Staatlicher Konsum	2,6	1,9	-0,7	1,6	-1,0	2,1	-0,5	2,1	-0,5	
Ausrüstungen	0,6	1,7	1,1	2,4	1,8	0,4	-0,2	0,2	-0,4	
Bauten	3,9	2,8	-1,1	4,4	0,5	3,2	-0,7	3,8	-0,1	
Sonst. Anlageinvestitionen	2,7	1,2	-1,5	0,0	-2,7	1,6	-1,1	2,3	-0,4	
Vorratsveränderungen	-0,9	0,0	0,9	-0,6	0,3	-0,6	0,3	-0,8	0,1	
Außenbeitrag	-0,4	-0,7	-0,3	-0,6	-0,2	-0,5	-0,1	-0,4	0,0	
Ausfuhr	0,9	2,8	1,9	1,2	0,3	0,9	0,0	1,3	0,4	
Einfuhr	1,9	5,0	3,1	2,9	1,0	2,3	0,4	2,4	0,5	
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,0	0,4	0,6	0,0	0,4	-0,2	0,5	-0,1	
Weltwirtschaft:										
Bruttoinlandsprodukt										
USA	2,3	2,1	-0,2	2,4	0,1	2,2	-0,1	2,3	0,0	
Euroraum ex. Deutschland	1,5	1,3	-0,2	1,4	-0,1	1,5	0,0	1,5	0,0	
Weltwirtschaft	3,0	2,7	-0,3	2,7	-0,3	2,5	-0,5	3,0	0,0	
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-1,4	-0,6	0,8	-1,3	0,1	-1,3	0,1	-1,4	0,0	
Exportmärkte	2,1	2,1	0,0	2,1	0,0	2,1	0,0	2,1	0,0	
Nachrichtlich:										
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	63,9	65,7	-	63,5	-	63,3	-	63,9	-	

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; Berechnungen des IfW Kiel; Prognose des IfW Kiel.

Unsere Prognosen für den deutschen Außenhandel waren in unserer Frühjahrsprognose deutlich zu hoch angesetzt. Sowohl die Importe mit 1,9 Prozent (Frühjahrsprognose: 5 Prozent) als auch die Exporte mit 0,9 Prozent (Frühjahrsprognose: 2,8 Prozent) legten spürbar schwächer zu als von uns erwartet. Freilich liegen die Prognosefehler dieser recht schwankungsanfälligen Komponenten noch in den historisch zu verzeichnenden Bandbreiten. Bezüglich der Exporte ist bemerkenswert, dass sich eine geringere Zuwachsrates eingestellt hat, obwohl unsere Prognosen sowohl für den Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts als auch für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in etwa korrekt waren. Da sich auch im Jahr zuvor unsere Vorhersagen für die Exporte bedingt auf die Auslandskonjunktur als etwas zu optimistisch herausgestellt hatten, haben wir bereits im Verlauf des vergangenen Jahres unsere Prognosemethoden entsprechend angepasst. So sind wir dazu übergegangen, Modellen, die Strukturbrüche zwischen der Weltkonjunktur und den deutschen Exporten berücksichtigen, und Modellen, die einen

stärkeren Fokus auf den Welthandel legen (für den solche Strukturbrüche bislang nicht zu verzeichnen sind), ein höheres Gewicht in unseren Prognosen beizumessen (Jannsen 2019: [IfW-Box 2019.11](#)).

Bezüglich der inländischen Verwendungskomponenten haben wir die Konsumausgaben (insbesondere die staatlichen Konsumausgaben) sowie die Bauinvestitionen und die sonstigen Anlageinvestitionen zu niedrig eingeschätzt; die Ausrüstungsinvestitionen haben demgegenüber etwas weniger stark zugelegt als von uns erwartet. Insgesamt lagen die entsprechenden Prognosefehler aus unserer Frühjahrsprognose aber zum Teil deutlich unter den historisch zu verzeichnenden absoluten durchschnittlichen Prognosefehlern. Bezogen auf die inländische Verwendung haben sich diese Fehler zwar zum Teil ausgeglichen. Insgesamt legte sie aber mit 1 Prozent merklich schwächer zu als von uns erwartet. Dazu beigetragen hat die deutlich schwächere Entwicklung der Vorratsveränderungen. Für diese Verwendungskomponente liegen dem Statistischen Bundesamt jedoch erst mit einiger Verzögerung Erhebungsdaten vor, so dass sie nur bedingt ökonomisch interpretierbar sind. Deshalb unterstellen wir in unseren Prognosen in aller Regel einen neutralen Expansionsbeitrag.

**Kasten 2:
Zu den Auswirkungen des Corona-Virus auf den deutschen Dienstleistungshandel**

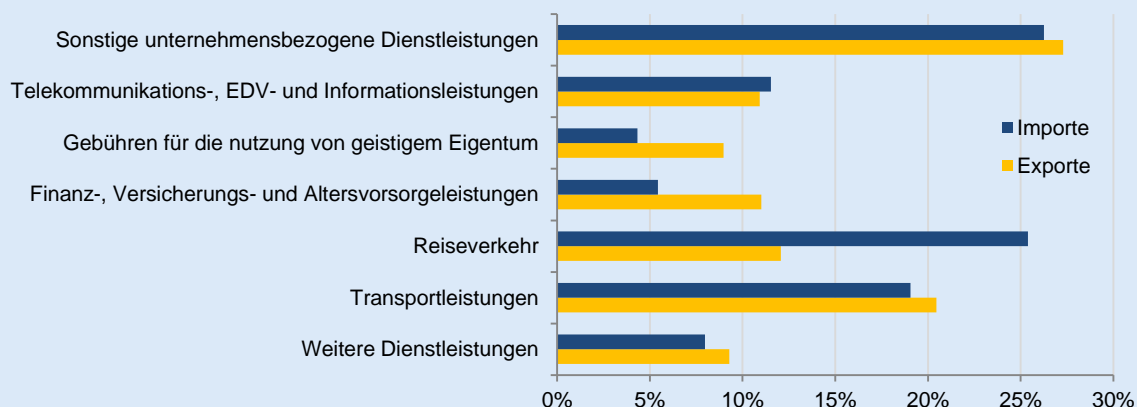
Im Jahr 2019 wurden Dienstleistungen im Wert von rund 285 Milliarden Euro aus Deutschland exportiert. Der Anteil der Dienstleistungen an den gesamten Ausfuhren, der in den vergangenen zehn Jahren im Trend gestiegen war, erreichte damit einen neuen Höchststand von über 18 Prozent; im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2010 hatte er bei rund 15 Prozent gelegen. Die Dienstleistungsimporte fielen mit 312 Mrd. Euro höher aus als die Dienstleistungsexporte. Ihr Anteil an den gesamten Einfuhren liegt seit zehn Jahren bei etwa 23 Prozent, nachdem er in den 2000er Jahren von über 26 Prozent zurückgegangen war. Der Quartalsverlauf des Dienstleistungshandels ist grundsätzlich schwer zu prognostizieren, da er großen Schwankungen unterliegt. Daher orientiert sich die Prognose für die Dienstleistungsexporte und -importe meist an langjährigen Durchschnitts- und der Prognose für den Warenhandel.

Die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus wird sich wohl deutlich auf den deutschen Dienstleistungshandel auswirken. Unmittelbar betroffen ist der Reiseverkehr durch die Absage von internationalen Messen und anderen Großveranstaltungen sowie die durch Eindämmungsmaßnahmen und Verunsicherung verursachte Zurückhaltung bei geschäftlichen und privaten Reisen. So wurden bereits zahlreiche Flugverbindungen gestrichen; zunächst nur von und nach China, mittlerweile sind jedoch weitere – auch innereuropäische und innerdeutsche – Flugverbindungen betroffen. Einer Ankündigung der Lufthansa zufolge könnten im März bis zu 50 Prozent der innereuropäischen Flüge aufgrund mangelnder Nachfrage gestrichen werden.^a Auch andere Fluggesellschaften streichen Flüge, wenngleich zum Teil in geringerem Umfang.

Die Einnahmen und Ausgaben, die im Rahmen von privaten und geschäftlichen Reisen anfallen (z.B. Unterkunfts- und Verpflegungskosten, Waren für den persönlichen Gebrauch), werden in der Zahlungsbilanz als Reiseverkehr erfasst. Die Personenbeförderung im Flugverkehr wird den Transportdienstleistungen zugerechnet. Nach Angaben der Welttourismusorganisation war der Tourismus im Jahr 2018 für 7 Prozent der globalen Exporte bzw. 29 Prozent der weltweiten Dienstleistungsexporte verantwortlich. Davon sind 85 Prozent dem Reiseverkehr und 15 Prozent der Personenbeförderung zuzurechnen.

In Deutschland hatte der Reiseverkehr im Jahr 2019 einen Anteil von reichlich 25 Prozent an den gesamten nominalen Dienstleistungsimporten (Abbildung K2-1). Der entsprechende Anteil an den nominalen Dienstleistungsexporten betrug dagegen nur 12 Prozent. Die der Personenbeförderung dienenden Lufttransporte machten im selben Zeitraum 2 Prozent der Ausgaben und 5 Prozent der Einnahmen aus.^b In Summe dürften damit rund 27 Prozent der Dienstleistungsimporte und 17 Prozent der -exporte direkt aufgrund von Einschränkungen bei privaten und geschäftlichen Reisen durch die Ausbreitung des Corona-Virus betroffen sein. Zumindest kurzfristig werden die Einbußen wohl insbesondere für Hochrisikogebiete wie Italien und den asiatischen Raum am stärksten sein. Als beliebtes Urlaubsziel ist Italien für 10 Prozent der deutschen Reiseverkehrsimporte verantwortlich (Exporte: 4 Prozent); Asien ist für die Reiseverkehrsexporte mit einem Anteil von 13 Prozent von größerer Bedeutung (Importe: 7 Prozent) (Abbildung K2-2).

**Abbildung K2-1:
Dienstleistungsexporte und -importe nach Bereichen**



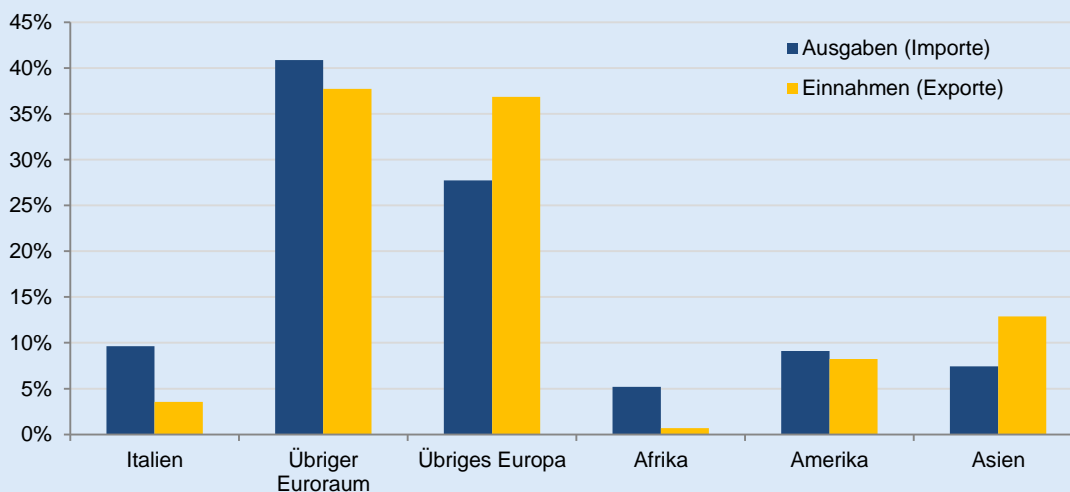
Jahresdaten für 2019. Anteil an den gesamten Dienstleistungsexporten und -importen. Weitere Dienstleistungen: Summe der Anteile von Instandhaltungs-, Reparatur- und Bauleistungen, Fertigungsdienstleistungen, Regierungsleistungen und Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit.

Quelle: Destatis.

Über den unmittelbaren Effekt durch den Reise- und Flugverkehr hinaus dürften weitere Bereiche des Dienstleistungshandels direkt oder indirekt durch die globale Ausbreitung des Corona-Virus zum Teil erheblich gestört werden. Erstens dürfte der Rückgang des weltweiten Warenaustauschs den Transportleistungshandel auch über den personenbezogenen Luftverkehr hinaus ausbremsen. Zweitens ist in dem Maße, wie die physische Präsenz von Personen zur Erbringung von Dienstleistungsexporten und -importen notwendig ist, in weiteren Dienstleistungsbereichen mit wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen. Besonders anfällig scheinen unternehmensbezogene Dienstleistungen, die neben Forschung und Entwicklung auch freiberufliche Dienstleistungen und Managementberatungsleistungen sowie technische Dienstleistungen und Provisionen umfassen und mit jeweils über 25 Prozent den größten Anteil an den nominalen Dienstleistungsimporten und -exporten haben. Bei grenzüberschreitenden Instandhaltungs-, Reparatur- und Bauleistungen ist durch einen verringerten Reiseverkehr ebenfalls mit Auswirkungen zu rechnen.^c Insgesamt könnten demnach knapp zwei Drittel des Dienstleistungsexports und rund 70 Prozent des Dienstleistungsimports betroffen sein.

In unserer Dienstleistungsprognose unterstellen wir für den Zeitraum von drei Monaten ab März einen Rückgang von 25 Prozent des Reiseverkehrs sowie der Personenbeförderung durch internationalen Flugverkehr. Gleichzeitig gehen wir von merklichen Auswirkungen für die o.g. Dienstleistungsbereiche aus. Dies scheint gerechtfertigt, da auch bei Extremereignissen in der Vergangenheit wie der Globalen Finanzkrise 2008/2009 ein gewisser Gleichlauf zwischen dem Reiseverkehr und dem Austausch unternehmensbezogener Dienstleistungen zu beobachten war. Hinsichtlich der Größenordnung orientieren wir uns an den stärksten Rückgängen der Vergangenheit von bis zu fünf Prozent. Im weiteren Verlauf richten wir uns in etwa nach der Entwicklung des internationalen Flugverkehrs in Asien während der SARS Epidemie im Jahr 2003.^d Demzufolge setzt ab Mai eine Erholung sowohl bei den Dienstleistungsimporten, als auch bei den -exporten ein. Das Niveau von Januar dann im Laufe des dritten Quartals wieder erreicht.

Abbildung K2-2:
Anteil am Reiseverkehr nach Ländern



Jahresdaten für 2019.

Quelle: Destatis.

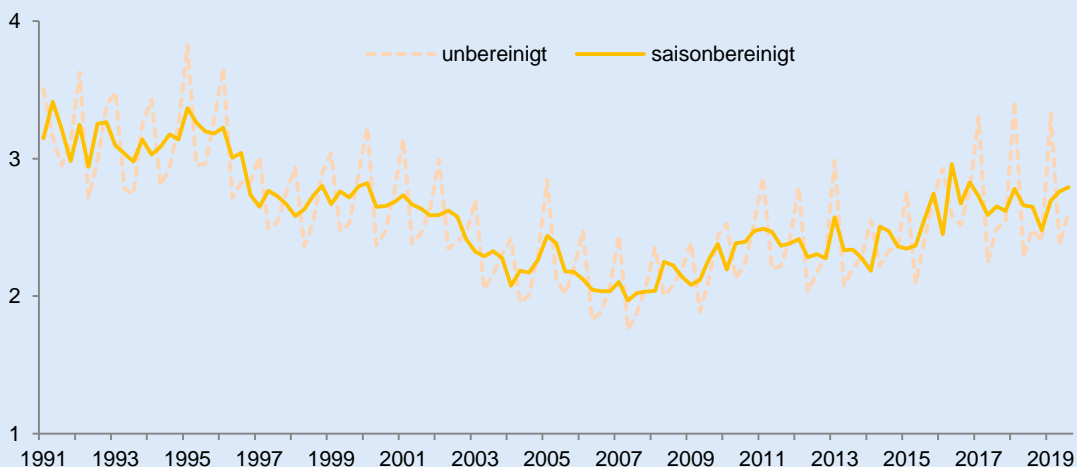
^aSiehe Deutschlandfunk vom 07.03.2020: Lufthansa streicht wegen Coronavirus 50% der Flüge. Via Internet (09.03.2020) <https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-lufthansa-streicht-wegen-coronavirus-50-der-fluege.1939.de.html?drn:news_id=1108050>. — ^bDer Anteil der Lufttransporte zur Personenbeförderung an den Transportdienstleistungsexporten betrug 23 Prozent; der Anteil an den Transportdienstleistungsimporten betrug 11 Prozent. — ^cDiese Dienstleistungsbereiche sind aufgrund ihres vergleichsweise niedrigen Anteils in Abbildung K2-1 unter „weitere Dienstleistungen“ mit anderen Bereichen zusammengefasst. — ^dSiehe Präsentation der International Air Transport Association vom 20.02.2020: Covid-19 – Initial impact assessment of the novel Coronavirus. Via Internet (27.02.2020) <<https://www.iata.org/en/iata-repository/publications/economic-reports/coronavirus-initial-impact-assessment/>>.

Kasten 3: Konjunkturelle Auswirkungen eines erhöhten Krankenstands

Schwankungen beim Anteil des Krankenstands in der Bevölkerung können die Konjunktur in zweierlei Hinsicht beeinflussen. Zum einen kann ein erhöhter Krankenstand die Produktion der Unternehmen aufgrund von Personalengpässen dämpfen. So deuten empirische Analysen darauf hin, dass ein erhöhter Krankenstand insbesondere bei Industrieunternehmen kurzfristig zu einem signifikanten Rückgang der Produktivität führt (Grinza und Ryck 2020). Zum anderen kann ein erhöhter Krankenstand die privaten Konsumausgaben dämpfen, beispielsweise weil erkrankte Personen sich mit Freizeitaktivitäten zurückhalten oder gesunde Personen eine Ansteckung vermeiden möchten.

Der Krankenstand in Deutschland – gemessen anhand der Zahl an Arbeitstagen, für die sich die Erwerbstätigen in Deutschland durchschnittlichen krank gemeldet haben – unterliegt recht großen Schwankungen. Dies gilt auch, wenn man saisonale Effekte mittels eines Bereinigungsverfahrens herausrechnet (Abbildung K3-1). Zu den kurzfristigen Schwankungen beitragen dürfte, dass sich saisonale Krankheiten, wie die Grippe, von Jahr zu Jahr unterschiedlich stark verbreiten. Zudem zeigen sich auch längerfristige Trends, die beispielsweise mit der jeweiligen Lage am Arbeitsmarkt zusammenhängen können, etwa wenn sich die Erwerbstätigen angesichts einer recht hohen Arbeitsplatzunsicherheit mit Krankmeldungen zurückhalten.

Abbildung K3-1:
Krankenstand in Anzahl der Tage je Quartal 1991–2019



Quartalsdaten. Saisonbereinigt: mittels dem Saisonbereinigungsverfahren X11.

Quelle: IAB, *Arbeitszeitrechnung*; Berechnungen des IfW Kiel.

Um den Zusammenhang zwischen Krankenstand und Konjunktur abzuschätzen, wird die Veränderung des saisonbereinigten Krankenstands mit der Zuwachsrate der privaten Konsumausgaben und der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe empirisch in Verbindung gesetzt. Dabei werden auch geeignete Kontrollvariablen, wie die weltweite Industrieproduktion (gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren) oder das verfügbare Einkommen berücksichtigt. Die Veränderung des Krankenstands sowie die Kontrollvariablen gehen dabei jeweils kontemporär sowie mit bis zu zwei Verzögerungen in die Schätzgleichungen ein.^a

Es zeigt sich, dass ein Anstieg des Krankenstands mit einem Rückgang der privaten Konsumausgaben einhergeht. So führt eine Erhöhung des Krankenstands um einen halben Tag (dies war der höchste seit dem Jahr 1991 verzeichnete Wert) den Ergebnissen zufolge zu einem Rückgang der privaten Konsumausgaben im selben Quartal um etwa 0,4 Prozentpunkte (Tabelle K3-1). Auch bezüglich der Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ergibt sich ein negativer signifikanter Zusammenhang; zumindest auf dem 10-Prozent-Niveau. Ein Anstieg des Krankenstands um einen halben Tag würde hier zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um knapp 1 Prozent führen.

Tabelle K3-1:**Einfluss des Krankenstands auf die Konjunktur**

	Privater Konsum	Verarbeitendes Gewerbe
Krankentage (t)	-0.83 (0.02)	-1,92 (0.10)
Krankentage (t-1)	0.10 (0.79)	-0.83 (0.49)
Kontrollvariablen		
Welt-Industrieproduktion		X
Ifo Geschäftsklima		X
Verfügbares Einkommen	X	
Deflator private Konsumausgaben	X	
Konstante	X	X
Trend	X	X
R-Quadrat	0.64	0.64

Quartalsdaten: 1991–2018; Krankentage: Different gegenüber Vorquartal; alle anderen Variablen bis auf ifo-Geschäftsklima: Zuwachsrate gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: IAB, *Arbeitszeitrechnung*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; ifo Institut; Thomson Financial Datastream; Berechnungen des IfW Kiel.

^aAlle Schätzungen weisen gemäß Andrew-Ploberger-Tests keine Strukturbrüche auf; die Residuen sind frei von Autokorrelation.

**Kasten 4:
Zu den Verbraucherpreiseffekten des Klimapakets**

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss beschlossenen Bundestag und Bundesrat im Dezember 2019 das sogenannte Klimapakets, welches eine Reihe von Maßnahmen umfasst, die den CO₂-Ausstoß in Deutschland reduzieren sollen. Im Folgenden soll abgeschätzt werden, wie stark die Konsumentenpreise – gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) – durch dieses Paket steigen werden.

Für die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt sind dabei insbesondere zwei Maßnahmen von größentechnischer Relevanz: die Erhebung eines CO₂-Preises auf Brennstoffe in den Bereichen Verkehr und Gebäudeheizung sowie die Reduzierung der von den Verbrauchern zu entrichtenden EEG-Umlage beim Strompreis. Zwar wurde noch eine Reihe anderer Maßnahmen (wie z.B. die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnreisen oder die Anhebung der Luftverkehrssteuer) beschlossen, diese dürften aber insgesamt nur einen vernachlässigbaren Einfluss auf die VPI-Inflation haben (siehe auch Deutsche Bundesbank 2019).

Für den CO₂-Preis ist zunächst die Einführung eines politisch gesetzten Fixbetrags von 25 Euro je Tonne für das Jahr 2021 vorgesehen, der bis 2025 schrittweise auf 55 Euro steigen soll. Im Jahr 2026 soll sich dann ein variabler Preis innerhalb eines Korridors zwischen 55 und 65 Euro bilden können. Ein Teil der Einnahmen aus dem CO₂-Preis soll dazu verwendet werden, die Bürger bei der EEG-Umlage zu entlasten. Diese Entlastung dürfte im Jahr 2021 etwa 1,75 Cent je Kilowattstunde betragen und ebenfalls bis 2026 ansteigen.

Demzufolge wird der größte Effekt auf die Inflationsrate wohl im Jahr 2021 entstehen. Hier rechnen wir insgesamt mit einem um reichlich 0,3 Prozentpunkte höheren Verbraucherpreisanstieg durch das Klimapakets (Tabelle K4-1). In den darauf folgenden Jahren bis 2026 dürfte der Effekt kleiner sein und jeweils etwa 0,1 Prozentpunkte betragen. Kumuliert über den gesamten Zeitraum dürften die Verbraucherpreise um knapp einen Prozentpunkt steigen. Die Berechnungen wurden relativ zu Energie-trägerpreisen durchgeführt, wie sie vor der gegenwärtigen Corona-Krise zu beobachten waren. Legte man die derzeit deutlich günstigeren Preise zugrunde, so ergäben sich entsprechend größere prozentuale Effekte.

**Tabelle K4-1:
Preiseffekte des Klimapakets für das Jahr 2021**

		Benzin	Diesel	Heizöl	Erdgas	Strom	Gesamt
VPI-Gewicht	%	2,566	0,864	1,154	2,425	2,592	
Preis ohne Paket	€/Liter	1,4	1,24	0,64			
	€/kWh				0,0634	0,3085	
CO ₂ -Ausstoß	kg/Liter	2,37	2,65	2,66			
	kg/kWh				0,2		
Maßnahmen 2021	€/t CO ₂ -Preis	25	25	25	25		
	ct/kWh EEG					-1,75	
Preisveränderung 2021	ct/Liter	5,93	6,63	6,65			
	ct/kWh				0,50	-1,75	
	%	4,23	5,34	10,39	7,89	-5,67	
Inflationseffekt	Prozentpunkte	0,11	0,05	0,12	0,19	-0,15	0,32

Quelle: Bundesnetzagentur; Deutsche Bundesbank; Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifw Kiel.

Literatur

- Ademmer, M., J. Beckmann und N. Jannsen (2019). Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur. IfW-Box 2019.8. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Bode, E., N. Jannsen und U. Stolzenburg (2019). Wie stark strahlt die Industrierezession auf die Dienstleistungsbranchen aus? IfW-Box 2019.15. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J. (2019). Ergebnisse der Steuerschätzungen und „schwarze Null“ im Bund. *Wirtschaftsdienst* 99 (11): 808–810.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, S. Mösle und U. Stolzenburg (2019). Abschwung flaut nur allmählich ab – Industrieschwäche verzögert die Erholung. Kieler Konjunkturberichte 62 (2019|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (2020). Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg. Februar.
- Deutsche Bundesbank (2019a). Zu den Auswirkungen des Klimapakets auf Wirtschaftswachstum und Inflationsrate. Monatsbericht. Dezember. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2019b). Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2018, Monatsbericht. Dezember. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017a). Systematic Errors in Growth Expectations over the Business Cycle. *International Journal of Forecasting* 33: 760-769.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, S. Mösle und U. Stolzenburg (2019). Weltwirtschaft im Stresstest. Kieler Konjunkturbericht 63 (2020|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Grinza, E., und F. Rycx (2020). The Impact of Sickness Absenteeism on Firm Productivity: New Evidence from Belgian Matched Employer–Employee Panel Data. *Industrial Relations* 59 (1): 150-194.
- IATA (2020). Updated impact assessment of the novel Coronavirus. Via Internet (9.3.2020) <<https://www.iata.org/en/iata-repository/publications/economic-reports/coronavirus-updated-impact-assessment/>>.
- Jannsen, N. (2017). Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade. IfW-Box 2017.11. Institut für Weltwirtschaft Kiel.
- Jannsen, N. (2018). Zur Revisionsanfälligkeit der privaten Konsumausgaben im vierten Quartal. IfW-Box 2018.3. Institut für Weltwirtschaft Kiel.
- Kooths, S., und U. Stolzenburg (2018). Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur. *Wirtschaftsdienst* 98 (3): 219–220.
- Statistisches Bundesamt (2019). Einzelhandelsumsatz im Dezember 2019 real 0,8 % höher als im Dezember 2018. Via Internet (4. März 2020) <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_034_45212.html>.

Tabellenanhang

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2021					
	2018	2018	2019	2020	2021
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	0,6	-0,1	2,3
Private Konsumausgaben		1,3	1,6	0,4	2,2
Konsumausgaben des Staates		1,4	2,6	2,3	2,0
Anlageinvestitionen		3,5	2,6	0,9	3,5
Ausrüstungsinvestitionen		4,4	0,6	-3,6	5,3
Bauinvestitionen		2,5	3,9	3,4	2,8
Sonstige Anlagen		4,3	2,7	1,9	2,3
Vorratsveränderung		0,3	-0,9	0,1	0,0
Inländische Verwendung		2,1	1,0	1,0	2,4
Ausfuhr		2,1	0,9	-1,0	5,2
Einfuhr		3,6	1,9	1,2	5,8
Außenbeitrag		-0,4	-0,4	-1,0	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.344,4	3,1	2,7	2,1	4,0
Private Konsumausgaben	1.743,7	2,8	2,9	1,5	4,0
Konsumausgaben des Staates	665,6	3,3	5,1	4,7	3,8
Anlageinvestitionen	707,7	6,3	5,5	3,1	5,9
Ausrüstungsinvestitionen	235,3	4,9	1,9	-2,8	6,1
Bauinvestitionen	344,3	7,3	8,4	6,9	6,4
Sonstige Anlagen	128,1	5,9	4,4	3,4	3,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		21,3	-12,2	-10,7	-12,6
Inländische Verwendung	3.138,3	4,1	2,9	2,6	4,4
Ausfuhr	1.585,8	3,1	1,7	-0,5	6,4
Einfuhr	1.379,7	5,5	1,8	0,3	7,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		206,1	207,7	196,4	192,3
Bruttonationaleinkommen	3.437,9	3,3	2,8	2,2	4,0
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	2,2	2,2	1,6
Private Konsumausgaben		1,5	1,3	1,1	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,8	2,5	2,3	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	1,3	0,9	0,8
Bauinvestitionen		4,7	4,4	3,4	3,5
Sonstige Anlagen		1,6	1,6	1,4	1,5
Ausfuhr		0,9	0,8	0,6	1,1
Einfuhr		1,8	-0,1	-0,9	1,7
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,7	1,4	1,3	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.503,1	3,0	2,3	1,8	4,1
Arbeitnehmerentgelt	1.771,3	4,5	4,4	2,7	3,9
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		70,8	72,2	72,8	72,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	731,8	-0,5	-2,6	-0,6	4,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.898,5	3,5	2,9	2,3	3,4
Sparquote (Prozent)		11,0	10,9	11,6	11,0
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.460,9	4,8	4,2	2,8	4,0
Effektivlohn, Stundenbasis		3,0	3,2	2,2	2,6
Lohnstückkosten, Stundenbasis		2,4	3,4	2,4	1,2
Produktivität, Stundenbasis		0,3	0,0	-0,3	1,4
Arbeitslose (1 000)		2.340	2.267	2.284	2.270
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,2	5,0	5,0	4,9
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.854	45.251	45.438	45.722
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		62,4	49,8	11,3	-4,6
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,9	1,4	0,3	-0,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		61,7	58,7	57,0	55,2

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw erbstätige	0,9	0,4	0,6	0,4	0,4	0,6	0,6
Arbeitsvolumen	0,6	0,2	0,9	- 0,4	0,8	1,1	0,8
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	- 0,3	- 0,2	0,3	- 0,8	0,4	0,5	0,1
Produktivität ¹	0,0	- 0,3	1,4	- 0,3	- 0,3	1,2	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	- 0,1	2,3	- 0,7	0,5	2,4	2,3

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 493,4	2 553,2	2 654,4	1 244,2	1 309,1	1 293,0	1 361,4
Private Haushalte ²	1 794,0	1 821,2	1 894,3	888,8	932,3	923,6	970,7
Staat	699,4	732,1	760,2	355,3	376,8	369,4	390,7
Anlageinvestitionen	746,9	770,2	815,3	366,4	403,8	388,3	427,0
Ausrüstungen	239,8	233,1	247,2	109,6	123,5	116,7	130,5
Bauten	373,3	398,9	424,6	190,7	208,2	203,5	221,1
Sonstige Anlageinvestitionen	133,7	138,2	143,5	66,1	72,1	68,1	75,4
Vorratsveränderung ³	- 12,2	- 10,7	- 12,6	0,4	- 11,1	- 0,3	- 12,3
Inländische Verwendung	3 228,1	3 312,7	3 457,2	1 611,0	1 701,8	1 681,0	1 776,1
Außenbeitrag	207,7	196,4	192,3	108,2	88,2	105,1	87,2
Exporte	1 612,1	1 604,3	1 707,3	786,8	817,5	839,8	867,5
Importe	1 404,4	1 408,0	1 515,0	678,6	729,3	734,7	780,2
Bruttoinlandsprodukt	3 435,8	3 509,1	3 649,5	1 719,1	1 790,0	1 786,1	1 863,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	2,4	4,0	2,5	2,3	3,9	4,0
Private Haushalte ²	2,9	1,5	4,0	1,4	1,6	3,9	4,1
Staat	5,1	4,7	3,8	5,2	4,2	4,0	3,7
Anlageinvestitionen	5,5	3,1	5,9	1,9	4,3	6,0	5,7
Ausrüstungen	1,9	- 2,8	6,1	- 5,4	- 0,4	6,5	5,7
Bauten	8,4	6,9	6,4	5,7	7,9	6,7	6,2
Sonstige Anlageinvestitionen	4,4	3,4	3,8	4,4	2,4	3,0	4,6
Inländische Verwendung	2,9	2,6	4,4	2,0	3,3	4,3	4,4
Exporte	1,7	- 0,5	6,4	- 2,0	1,1	6,7	6,1
Importe	1,8	0,3	7,6	- 2,3	2,7	8,3	7,0
Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,1	4,0	1,8	2,5	3,9	4,1

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 365,1	2 386,7	2 438,0	1 173,6	1 213,1	1 198,2	1 239,8
Private Haushalte ²	1 708,0	1 714,4	1 752,3	840,9	873,5	858,7	893,7
Staat	657,1	672,1	685,5	332,6	339,5	339,4	346,1
Anlageinvestitionen	683,9	689,8	713,7	329,5	360,3	341,4	372,2
Ausrüstungen	232,9	224,4	236,3	105,3	119,1	111,4	124,8
Bauten	324,4	335,3	344,7	161,5	173,8	166,4	178,2
Sonstige Anlageinvestitionen	126,5	129,0	131,9	61,9	67,0	62,9	69,0
Inländische Verwendung	3 047,9	3 077,1	3 151,4	1 506,5	1 570,5	1 542,7	1 608,7
Exporte	1 570,9	1 554,6	1 635,6	764,3	790,3	807,1	828,6
Importe	1 379,4	1 395,6	1 477,0	676,8	718,9	718,3	758,7
Bruttoinlandsprodukt	3 240,5	3 238,4	3 313,6	1 594,9	1 643,5	1 632,6	1 681,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,8	0,9	2,2	0,9	0,9	2,1	2,2
Private Haushalte ²	1,6	0,4	2,2	0,2	0,5	2,1	2,3
Staat	2,6	2,3	2,0	2,6	1,9	2,1	2,0
Anlageinvestitionen	2,6	0,9	3,5	- 0,4	2,0	3,6	3,3
Ausrüstungen	0,6	- 3,6	5,3	- 6,5	- 1,0	5,8	4,9
Bauten	3,9	3,4	2,8	2,4	4,3	3,1	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	1,9	2,3	2,8	1,1	1,6	3,0
Inländische Verwendung	1,0	1,0	2,4	0,4	1,5	2,4	2,4
Exporte	0,9	- 1,0	5,2	- 2,6	0,5	5,6	4,8
Importe	1,9	1,2	5,8	- 0,6	2,9	6,1	5,5
Bruttoinlandsprodukt	0,6	- 0,1	2,3	- 0,7	0,5	2,4	2,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,3	1,1	1,8	1,1	1,1	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,3	1,8	2,5	2,2	1,9	1,7
Anlageinvestitionen	2,9	2,2	2,3	2,3	2,2	2,3	2,3
Ausrüstungen	1,3	0,9	0,8	1,2	0,5	0,7	0,8
Bauten	4,4	3,4	3,5	3,3	3,5	3,5	3,5
Exporte	0,8	0,6	1,1	0,6	0,5	1,1	1,2
Importe	-0,1	-0,9	1,7	-1,7	-0,1	2,0	1,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,5	1,9	1,5	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 406,8	2 452,3	2 530,4	1 207,8	1 244,5	1 247,2	1 283,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	326,3	333,5	345,4	161,3	172,3	167,7	177,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 522,8	1 565,8	1 627,8	745,8	820,0	780,1	847,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,7	553,0	557,2	300,7	252,2	299,4	257,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	491,5	495,3	536,7	219,6	275,6	236,3	300,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 898,4	2 947,6	3 067,1	1 427,4	1 520,2	1 483,5	1 583,6
Abschreibungen	637,0	665,0	690,3	330,0	335,1	342,5	347,8
Bruttonationaleinkommen	3 535,4	3 612,6	3 757,4	1 757,4	1 855,2	1 826,0	1 931,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 561,5	2 607,8	2 714,6	1 258,8	1 349,0	1 307,4	1 407,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	712,4	708,5	741,4	351,8	356,7	359,6	381,8
Arbeitnehmerentgelt	1 849,1	1 899,3	1 973,2	907,0	992,3	947,8	1 025,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	1,9	3,2	1,7	2,1	3,3	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	2,2	3,6	2,1	2,4	4,0	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	2,8	4,0	2,6	3,0	4,6	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,0	2,2	3,1	1,9	2,4	3,8	2,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,7	-0,8	0,8	-0,8	-0,9	-0,4	2,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,2	0,8	8,4	-1,1	2,3	7,6	9,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	1,7	4,1	1,2	2,2	3,9	4,2
Abschreibungen	4,6	4,4	3,8	4,4	4,4	3,8	3,8
Bruttonationaleinkommen	2,8	2,2	4,0	1,8	2,6	3,9	4,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,3	1,8	4,1	1,4	2,2	3,9	4,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,6	-0,6	4,7	-1,5	0,3	2,2	7,0
Arbeitnehmerentgelt	4,4	2,7	3,9	2,5	2,9	4,5	3,3

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 492,7	1 543,4	1 610,1	740,4	803,0	777,2	832,9
Nettolöhne und -gehälter	1 021,8	1 052,5	1 102,5	496,1	556,4	524,1	578,5
Monetäre Sozialleistungen	606,1	630,1	652,0	313,3	316,8	324,8	327,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	135,1	139,2	144,5	68,9	70,3	71,7	72,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,7	553,0	557,2	300,7	252,2	299,4	257,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-97,2	-98,2	-100,7	-50,0	-48,2	-50,9	-49,8
Verfügbares Einkommen	1 953,3	1 998,2	2 066,6	991,1	1 007,1	1 025,7	1 041,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,4	61,1	61,9	29,7	31,4	30,1	31,8
Konsumausgaben	1 794,0	1 821,2	1 894,3	888,8	932,3	923,6	970,7
Sparen	219,7	238,2	234,2	132,0	106,1	132,2	102,0
Sparquote (%) ⁶	10,9	11,6	11,0	12,9	10,2	12,5	9,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,6	3,4	4,3	3,3	3,5	5,0	3,7
Nettolöhne und -gehälter	4,7	3,0	4,8	2,7	3,3	5,6	4,0
Monetäre Sozialleistungen	4,6	4,0	3,5	4,2	3,8	3,7	3,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,9	3,1	3,8	3,3	2,9	4,0	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,7	-0,8	0,8	-0,8	-0,9	-0,4	2,2
Verfügbares Einkommen	2,9	2,3	3,4	2,1	2,5	3,5	3,4
Konsumausgaben	2,9	1,5	4,0	1,4	1,6	3,9	4,1
Sparen	2,4	8,4	-1,7	6,8	10,4	0,1	-3,8

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	825,8	839,9	872,0	421,5	418,4	438,3	433,8
Sozialbeiträge	597,8	613,5	638,5	297,1	316,5	310,8	327,8
Vermögenseinkommen	21,7	24,4	20,2	16,3	8,1	12,4	7,8
Sonstige Transfers	24,3	23,3	23,7	10,8	12,5	11,0	12,7
Vermögenstransfers	12,2	12,5	12,8	5,5	7,0	5,6	7,2
Verkäufe	126,6	131,0	135,5	61,3	69,7	63,5	72,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 608,6	1 644,8	1 703,0	812,5	832,3	841,5	861,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	479,8	502,0	522,6	241,8	260,2	252,0	270,5
Arbeitnehmerentgelt	271,7	282,2	290,9	135,4	146,8	139,5	151,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,5	24,7	23,6	13,1	11,6	12,5	11,1
Subventionen	31,7	34,4	43,2	15,7	18,6	20,2	23,1
Monetäre Sozialleistungen	546,2	569,8	591,2	283,2	286,5	294,5	296,7
Sonstige laufende Transfers	78,3	87,9	93,1	43,6	44,3	46,1	46,9
Vermögenstransfers	39,6	41,6	44,2	15,0	26,6	16,3	28,0
Bruttoinvestitionen	85,3	92,2	100,0	39,4	52,8	42,9	57,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,7
Insgesamt	1 558,8	1 633,5	1 707,5	786,7	846,8	823,5	884,0
Finanzierungssaldo	49,8	11,3	- 4,6	25,8	- 14,5	18,0	- 22,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,1	1,7	3,8	1,4	2,0	4,0	3,7
Sozialbeiträge	4,4	2,6	4,1	2,5	2,8	4,6	3,6
Vermögenseinkommen	2,1	12,5	- 17,3	23,1	- 4,2	- 23,9	- 4,0
Sonstige Transfers	- 2,0	- 3,8	1,7	- 3,1	- 4,4	1,7	1,7
Vermögenstransfers	- 6,8	2,3	2,3	2,5	2,1	2,6	2,1
Verkäufe	5,3	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	- 8,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,6	2,3	3,5	2,3	2,3	3,6	3,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,3	4,6	4,1	5,3	4,0	4,2	4,0
Arbeitnehmerentgelt	4,8	3,9	3,1	4,1	3,7	3,1	3,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 13,2	- 10,2	- 4,4	- 9,6	- 10,8	- 4,6	- 4,3
Subventionen	7,3	8,3	25,7	9,1	7,6	28,1	23,7
Monetäre Sozialleistungen	5,0	4,3	3,8	4,6	4,1	4,0	3,5
Sonstige laufende Transfers	4,5	12,3	5,8	12,4	12,3	5,8	5,8
Vermögenstransfers	- 6,3	5,0	6,4	12,8	1,0	8,6	5,2
Bruttoinvestitionen	8,8	8,1	8,5	4,2	11,2	9,1	8,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,6	4,8	4,5	5,0	4,6	4,7	4,4

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen des IfW Kiel; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2019					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 093,0	2 087,0	346,5	659,5	–	
2 – Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 456,0	1 722,0	267,0	467,0	– 207,7	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 848,1	1 334,5	271,7	242,0	14,4	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,8	14,9	0,3	9,5	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	29,3	27,4	0,2	1,8	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	612,4	400,0	– 4,8	217,2	– 222,1	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 849,1	–	–	1 849,1	13,4	
9 – Geleistete Subventionen	31,7	–	31,7	–	5,6	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	368,6	–	368,6	–	7,0	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	647,7	600,3	27,5	19,9	205,7	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	747,7	365,6	21,7	360,4	105,7	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 898,4	165,3	326,2	2 406,8	– 307,3	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	93,2	–	352,9	11,6	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	457,3	–	457,3	–	0,5	
16 – Geleistete Nettozialbeiträge 2)	733,3	–	–	733,3	4,5	
17 + Empfangene Nettozialbeiträge 2)	734,7	136,0	597,8	0,8	3,0	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	613,4	66,4	546,2	0,8	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	606,1	–	–	606,1	8,0	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	356,3	188,9	78,3	89,2	54,5	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	306,6	166,6	24,3	115,8	104,2	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 853,9	119,4	781,2	1 953,3	– 262,8	
23 – Konsumausgaben	2 493,4	–	699,4	1 794,0	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,4	–	60,4	–	
25 = Sparen	360,5	59,0	81,8	219,7	– 262,8	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	68,5	18,2	39,6	10,7	3,9	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	58,7	26,1	12,2	20,4	13,7	
28 – Bruttoinvestitionen	734,7	421,0	85,3	228,4	–	
29 + Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,2	– 1,3	0,8	2,6	
31 = Finanzierungssaldo	255,7	13,2	49,8	192,7	– 255,7	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 853,9	119,4	781,2	1 953,3	– 262,8	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	440,6	–	440,6	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	440,6	–	–	440,6	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 853,9	119,4	340,5	2 393,9	– 262,8	
38 – Konsum 2)	2 493,4	–	258,8	2 234,6	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,4	–	60,4	–	
40 = Sparen	360,5	59,0	81,8	219,7	– 262,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2020					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 161,4	2 122,9	361,4	677,1	–	
2 – Abschreibungen	665,0	379,4	83,5	202,1	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 496,3	1 743,5	277,9	474,9	– 196,4	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 898,3	1 366,9	282,2	249,3	15,2	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,6	15,2	0,3	10,2	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	31,9	29,8	0,2	2,0	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	604,3	391,3	– 4,5	217,5	– 211,6	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 899,3	–	–	1 899,3	14,2	
9 – Geleistete Subventionen	34,4	–	34,4	–	5,6	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	374,1	–	374,1	–	7,3	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	639,7	597,3	24,7	17,7	212,9	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	743,9	366,3	24,4	353,2	108,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 947,7	160,4	335,0	2 452,3	– 299,9	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	454,3	93,3	–	361,1	11,9	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	465,8	–	465,8	–	0,5	
16 – Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	751,5	–	–	751,5	4,5	
17 + Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	753,0	138,6	613,5	0,8	3,1	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	638,2	67,6	569,8	0,8	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	630,1	–	–	630,1	8,7	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	372,3	192,7	87,9	91,7	55,9	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	321,3	178,0	23,3	120,0	106,8	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 901,5	123,3	779,9	1 998,2	– 253,8	
23 – Konsumausgaben	2 553,2	–	732,1	1 821,2	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,1	–	61,1	–	
25 = Sparen	348,2	62,2	47,9	238,2	– 253,8	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	71,6	19,1	41,6	11,0	4,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	61,2	27,5	12,5	21,2	14,4	
28 – Bruttoinvestitionen	759,5	422,8	92,2	244,4	–	
29 + Abschreibungen	665,0	379,4	83,5	202,1	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,3	0,8	1,6	
31 = Finanzierungssaldo	244,9	28,2	11,3	205,3	– 244,9	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 901,5	123,3	779,9	1 998,2	– 253,8	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	461,3	–	461,3	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	461,3	–	–	461,3	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 901,5	123,3	318,6	2 459,5	– 253,8	
38 – Konsum 3)	2 553,2	–	270,7	2 282,5	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,1	–	61,1	–	
40 = Sparen	348,2	62,2	47,9	238,2	– 253,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 286,1	2 215,0	373,4	697,8	–	
2 – Abschreibungen	690,3	392,1	86,9	211,2	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 595,8	1 822,8	286,4	486,6	– 192,3	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 972,2	1 421,6	290,9	259,7	15,8	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,6	15,5	0,3	10,9	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	35,5	33,1	0,2	2,2	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	632,6	418,9	– 4,5	218,2	– 208,1	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 973,2	–	–	1 973,2	14,7	
9 – Geleistete Subventionen	43,2	–	43,2	–	5,6	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	395,7	–	395,7	–	7,6	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	642,8	603,2	23,6	16,0	222,4	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	751,7	376,6	20,2	355,0	113,5	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 067,2	192,2	344,6	2 530,4	– 300,3	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	464,6	98,5	–	366,0	12,2	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	476,3	–	476,3	–	0,5	
16 – Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	779,6	–	–	779,6	4,6	
17 + Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	781,0	141,6	638,5	0,8	3,2	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	661,1	69,1	591,2	0,8	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	652,0	–	–	652,0	9,7	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	385,1	197,5	93,1	94,6	57,3	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	332,9	184,8	23,7	124,4	109,5	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 019,1	153,5	798,9	2 066,6	– 252,2	
23 – Konsumausgaben	2 654,4	–	760,2	1 894,3	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,9	–	61,9	–	
25 = Sparen	364,6	91,7	38,7	234,2	– 252,2	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	75,2	19,5	44,2	11,4	4,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	64,0	28,9	12,8	22,3	15,3	
28 – Bruttoinvestitionen	802,7	442,4	100,0	260,3	–	
29 + Abschreibungen	690,3	392,1	86,9	211,2	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,9	– 2,4	– 1,3	0,8	2,9	
31 = Finanzierungssaldo	243,8	53,2	– 4,6	195,2	– 243,8	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 019,1	153,5	798,9	2 066,6	– 252,2	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	479,8	–	479,8	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	479,8	–	–	479,8	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 019,1	153,5	319,1	2 546,4	– 252,2	
38 – Konsum 2)	2 654,4	–	280,4	2 374,1	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,9	–	61,9	–	
40 = Sparen	364,6	91,7	38,7	234,2	– 252,2	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.